



Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

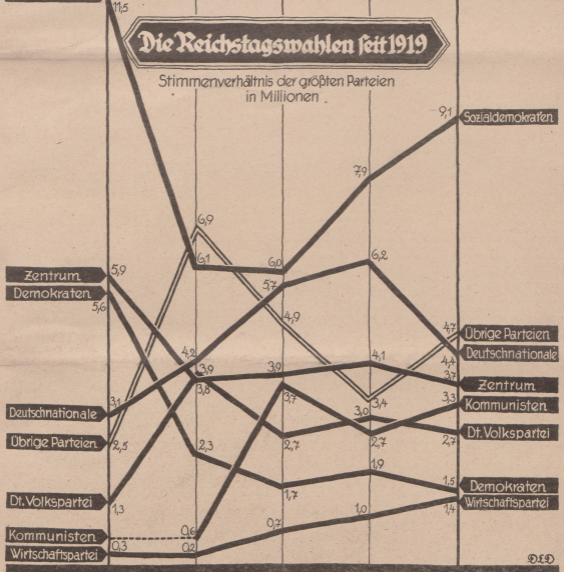
Aus dem Inhalt: Der Zwischenbericht des Reparationsagenten vom 7. Juni 1923 — H. Schreiber, M. d. R. Die Frauen im neuen Reichstag — Heinz Köppler, Die deutsche Rohlenwirtschaft — Dr. jur. Fritz v. Wrangel, Wandererfürsorge — Dr. Karl Harber, Kommunale Finanzhilfen für 1923 und 1924 — Ludwig Heilbronn, Donaufrü.

In Kommission: Zentralverlag G. m. Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen

Sozialdemokraten

Die Reichstagswahlen seit 1919

Stimmenverhältnis der größten Parteien in Millionen



Nationalwahl v. 19.1.1919 Reichstagswahl v. 6.6.1920 Reichstagswahl v. 4.5.1924 Reichstagswahl v. 7.12.1924 Reichstagswahl v. 20.5.1928

Der Zwischenbericht des Reparationsagenten vom 7. Juni 1928.

Die Politik des Reparationsagenten tritt aus seinen jüngsten Dokumenten mit immer größerer Klarheit hervor. Wenn man sich früher fragte, welches sein eigentliches Ziel sei und warum er diese oder jene Maßnahmen kritisch behandle, so können seit seinem Oktobermemorandum, dem Jahresbericht vom Dezember 1927 und dem jetzigen Zwischenbericht, solche Zweifel so gut wie beseitigt gelten.

Seit Inkrafttreten des Londoner Abkommens bildet die Nichtschar für Handeln und Einpfehlung des Agenten das Instrument, das ihn schül, der Dawesplan. Man hat eine zu peinlichen Handhabung der einzelnen Geboten und Empfehlungen der Sachverständigen gegenüber vielfach den Vorwurf der Einseitigkeit und des mangelnden Verständnisses für innerdeutsche und allgemeinere Fragen erhoben, dabei aber häufig zugegeben, daß der Dawesplan nun einmal ein internationales Vertragswerk geworden ist, daß jedenfalls solange Bindungen für Deutschland darstellt, als es nicht — wiederum durch internationale Abmachungen — geändert wird. Der Dawesplan sieht nun vor, daß wir sehr umfassen Jahresleistungen, die bis auf 2½ Milliarden steigen, aufbringen müssen, und schafft hierfür ein Netz wasserfester Sicherungen (bis auf die Leistung von 200 Millionen aus der Beförderungssteuer, für die es an einer solchen Sicherung fehlt). Die Politik des Agenten war nun zunächst darauf gerichtet, diese Leistungen als die Dauer sicherzustellen und alle Maßnahmen zu befähigen, die dieses Ziel beeinträchtigen. Er tat dieses unmittelbar vielfach den Vorwurf der Verwirrung, die vom Reich erteilten Steuern auf die Länder und Gemeinden (Finanzverleih) und den Ausgaben des außerordentlichen Etats, teils mittelbar, wie bei den Gehalts- und Lohnbezügen; vielfach beschränkte er sich aber auch darauf, die allgemeinen Ergebnisse der deutschen Haushaltspolitik anzugreifen. — Der Dawesplan sieht weiter vor, daß das Transfer-Komitee von den aufgebrachteten Beträgen die größtmögliche Summe transferieren soll und zwar bis zu dem Umfange, wie ihn die Devisenlage zuläßt. Der Agent führt diese Vorrichtung mit der gleichen Konsequenz durch und wendet sich dabei gegen Maßnahmen, wie die Anbahnung öffentlicher Auslandsschulden, deren Zinsendienst mit den Transfers kollidieren könnte, ohne einwillen dem weiteren Grundgedanken der Sachverständigen, daß die Transfers auf die Dauer aus echten Überschüssen der deutschen Wirtschaft kommen sollen, irgendwie zur praktischen Anwendung zu verhelfen.

Wenn man bedenkt, daß — wie der Agent selbst betont — der Plan nicht Selbstzweck ist, sondern eigentlich erst die rechte Probe aufs Exempel selbst vorstellen soll, so möchte man in dieser Handhabung allerdings starke Einseitigkeit vermuten. Denn der Effekt unserer Anstrengungen bezüglich der Aufbringung und unseres loyalen Stillhaltens gegenüber Transfers aus geborgt-offener Zahlungsbilanz sollte doch unmöglich der sein, daß uns nun einfach 30 Jahre oder mehr die gleichen Leistungen auferlegt werden und daß der Transfer in gleichem Umfange fortgesetzt wird. Das ist aber auch abschneidend nicht die Absicht des Agenten. Der Agent drängt vielmehr, wie sein letzter Jahresbericht erkennen ließ, auf schleunigste verbindliche Endlösung der Reparationsfrage. Den Grund hierfür wird man mit darin zu suchen haben, daß es dem Transfer-Komitee infolge des unerwartet hohen Zuflusses von Auslandskapital nicht möglich war und bis auf weiteres auch nicht möglich sein wird, die praktische Erprobung der deutschen Leistungsfähigkeit von der Transferseite her durchzuführen. So, wie die Dinge sich — wider Erwarten der Sachverständigen — nun einmal entwickelt haben, wird man deutlicher dieses Drängen keinen Widerstand entgegenzusetzen wollen. Welches unser Interesse und unser Verlangen dabei sein muß, ist klar und liegt in der Richtung des erwähnten Grundgedankens des Dawesplans, der bisher noch keine praktische Anwendung gefunden hat.

Bei der Einpfehlung des Agenten zu den Einzelproblemen der Gegenwart muß man ferner berücksichtigen, daß es als Merkmal der Idee einer völlig freien Wirtschaft verstanden ist, unseren Anschauungen von der Führerrolle des Staates und der Bindung des Privatigentums innerlich nicht so nahe steht, und daß er namentlich die allgemeine Wirtschaftspolitik vom Standpunkt der Kapitalrente her zu betrachten gewöhnt ist.

Der gegenwärtige Bericht enthält die folgerichtige Fortsetzung dieser letzten deutlicher in Erscheinung getretenen Politik. Er unterstreicht die Forderung nach einer Endregelung an drei Stellen, und zwar bei der Behandlung der Finanzlage der Reichsbahn, bei dem Kapital Anleihepolitik und in seinen Schlussworten. Je höher unsere kommerzielle Auslandsschuld wächst, desto dringender würde der Anleihegeber nach der endgültigen Festsetzung der deutschen Reparationsleistungen verlangen. Erfolge dies nicht in absehbarer Zeit, so würde sich das Auslandskapital von Deutschland abwenden und sich mindestens so hohe Zinsen verlangen, wie

das damit verbundene Risiko erfordert. Das im Interesse des deutschen, aber auch des allgemeinen europäischen Wiederaufbaus gelegene fundamentale Problem befindet in dieser endgültigen abschließenden Festsetzung, die durch gegenseitige Vereinbarung zu Stande kommen müsse. Der Agent deutet diesmal auch offen an, wie er sich die Lösung denkt. „Die 11 Milliarden Eisenbahnbudgetationen bilden eine der grundlegenden Sicherheiten für die Abtragung der deutschen Reparationsverpflichtungen und eins der wichtigsten Elemente bei jeder endgültigen Regelung des Reparationsproblems.“

Um dieses Ziel, nämlich die Unterbringung der Obligationen auf dem Weltmarkt, nicht zu beeinträchtigen, fordert er in erster Linie, daß das Vertrauen des Auslandskapitals erhalten bleibt; es ist klar, daß zu einer so riesigen Finanzaktion ein auf Entschiedenheit beruhendes Vertrauen größter Zustimmung bedarf. Er fordert zu diesem Zwecke bei dem zunächst für die Mobilisierung der Obligation in Frage kommenden Objekt, der Reichsbahn, daß ihre Finanzen in geordneter Fassung erhalten bleiben (womit heute die Carifförderung gemeint sein dürfte) und daß sie nicht nur mit der Schuldenaufnahme zurückhaltend sei, sondern sogar von ausländischer Kapitalverpflichtung ganz abblähe.

Auch die Ermahnungen an die öffentlichen und halböffentlichen Körperschaften und Unternehmungen im Sinne größerer Beschränkungen der Ausgaben und Anleihen werden nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt, die Reparationsleistungen und -transfers in ihrer jetzigen Höhe dauernd sicherzustellen, als vielmehr im Hinblick darauf zu verstehen sein, auf alle Fälle die Placierung der Obligationen zu ermöglichen. Es ist klar, daß die ausländischen Bankeure, die diese Ermahnungen durchführen sollen, mehr als irgendein anderer fragen werden, welches Deutschlands private Schuldenlast gegenüber dem Ausland ist, wie hoch die sonstigen politischen Schulden sind und welche Aussichten unsere Zahlungsbilanz bietet. Will man deutscherseits den Mobilisierungsagenten fördern, so kann man ihn natürlich nicht dadurch von vornherein gefährden, daß gerade die öffentlichen Körperschaften (Reich, Länder und Gemeinden) zu einer übermäßigen Auslandsverdrückung am meisten beitragen. Ob die Einpfehlung der Bankeure hierbei eine richtige oder falsche sein wird, steht dann nicht zur Diskussion. Deutschlands Haltung wird entscheidend davon beeinflusst werden, ob es zu einer baldigen Endregelung auf einer für unsere Verhältnisse vernünftigen Basis kommt. Bei längerer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes könnte es aber als unzulässig erweisen, den Axiom an einer — möglichst falschen — Stelle zu eng zu schmalen, wenn auch Selbstzweck stets in unserem Interesse liegen wird.

Die der Agent schon in seinem Memorandum ausführte, ist es falsch, lediglich eine Seite des Problems — Derbst gewisser Auslandsanleihen — zu behandeln, ohne sich um die andere, nämlich die Ausgabewirtschaft und die Inanspruchnahme des Auslandskapitalmarktes zu kümmern. Bezüglich der Ausgabewirtschaft registriert er gewisse Besserungen; das Reich habe die verantragsfähige Führerschaft übernommen. Auf dem Auslandskapitalmarkt dagegen hätten sich „wenig vorausschauende Finanzierungsmethoden“ herausgebildet, die eine schwere Zukunftslast und eine allgemeine Kreditverwertung nach sich zögen.

Die Kritik der Finanzgebahrung des Reiches ist erheblich freundlicher geworden. Der Agent unterstreicht eine Reihe wichtiger Fortschritte, namentlich die Durchlösung außerordentlicher ungedeckter Ausgaben, Schaffung größerer Staatskräfte (Vestelung der Kriegslieferanten) und Publizität (Ausbau der Statistik). Auf der anderen Seite weist er auf schwierige noch offene Fragen hin, vor allem auf die Deckung des übernehmenden Defizits des außerordentlichen Etats von 622 Millionen und die Neugestaltung des Finanzausgleichs. Im letzten Falle scheint ihm augenscheinlich eine Beschränkung der Länder und Gemeinden auf freie Steuereinnahmen, und zwar solcher Art vor, die nicht konjunkturempfindlich sind. Das Verlangen nach Lösung des Finanzgleichgewichtsproblems wird in Deutschland von vielen geteilt; immerhin gewinnt es bei näherer Betrachtung den Anschein, daß wir uns hierbei ohne Kenntnis unserer endgültigen Reparationsverpflichtungen in einem circulus vitiosus befinden.

Selbstverständlich widmet der Agent auch dem eigentlichen Kernproblem der Gegenwart und der grundlegenden Voraussetzung der Abtragung unserer politischen Schuld, der Aktivierung unserer Zahlungsbilanz, seine Aufmerksamkeit. Er kritisiert aus diesem Grunde die Entwidlung der Gehälter und Löhne und die Preissteigerung wichtiger Rohstoffe und Waren, die er als Folge seiner ansieht; dabei setzt er sich allerdings in gewissen Widerspruch mit seiner Haltung in der Cariffrage. Der Agent hat zwar sehr sehr die Erhöhung der Löhne als Mittel zur Hebung der Kaufkraft betrachtet. Er hat

aber schon in seinem Oktobermemorandum Einschränkungen in dem Sinne gemacht, daß die Erhebungen das Ergebnis verbesserter oder vollständiger Produktion sein müßten. In der Ausweitung der Produktion des letzten Jahres sieht er anheimelnd neue Kage, die diesen Bedingungen entsprechende. Er schreibt den Anleihen, die er zur Zeit bekämpft, beherrschenden Einfluß auf die Konjunktur zu. Er über- sieht aber anheimelnd, daß Köhne sich automatisch dem Expansions- ziele anpassen, sei es recht oder nicht. Der Agent kennzeichnet die, wenn auch recht langsame Befestigung der Mittelseite unserer Han- delsbilanz; als erfreulichen Fortschritt. Er behandelt aber

— wie bisher — den hierauf entscheidenden Faktor tiefmütterlich: Eine durchgreifende Befestigung unserer Kage kann nur dann erzielt werden, wenn die Gläubigerländer Deutschlands sich entschließen, Deutschland die Möglichkeit, seine Schulden in Waren und Diensten abzutragen, in vermehrtem Umfange zu geben. Der Agent ist sich hierbei klar, verneint aber einen ausdrücklichen Absehl der zukünftigen Absehl. Das Problem bleibt für die Gläubiger Deutschlands trotzdem noch heute, frisch ausgebrütet, wie 1924: Reparationen und Absatzmärkte, oder Hochschutzzoll und Verzicht auf Reparationen.

Die Frauen im neuen Reichstag.

Von Adele Schreiber, M. d. B.

In den ersten Jahren der Republik schienen ausländischen Besuchen der Reichshauptstadt die weiblichen Parlamentarier eine der größten Selbsterkenntnisseiten des neuen Deutschlands, eines der eindrucksvollsten Bilder sichmehrender Wandlungen.

„Ach, bitte geben Sie uns die Möglichkeit die Frauen im Reichstag sitzen zu sehen“ — das war besonders die Bitte aller Amerikanerinnen und die Reaktion war deshalb so stark, weil noch im Ausland die Meinung herrschte, deutsche Frauen seien nur sachverständig im Hinblick auf Küche und Kinder. Zuerst konnte man's nicht verstehen, daß sie sich nun über Nacht auf politischem Gebiet bewähren, bis man begriff, daß die landläufige Auslandmeinung auf Jertum beruht hatte und daß nun starke Kräfte, lange gebunden, frei geworden waren zu wirken.

Selber hat sich das Staunen gelegt. Rasch wurde weibliche Mitarbeit im Parlament, wie an allen ihr neu geöffneten Stellen Selbsterkenntnis — das beste Lob, das man ihr spenden kann.

Parteien, die ehemals Selbsterkenntnis von politischer Frauenstätigkeit verweigerten, werden heute nicht mehr gerne an ihre Kasernenzeit erinnert, ja teilweise sind es vielfach die einstigen Schwarz- maler, die jetzt selbst in den gegenteiligen Fehler verfallen, bitter enttäuscht darüber klagen, daß nach „schon“ neunjährigem Frauen- einmüßrecht das parlamentarische Leben immer noch vielerlei Mängel aufweise. Schmelzhafter Wunderglaube scheint anzunehmen, daß die in den verschiedenen Reichstagen jeweils 6 bis 70, B. be- tragenden Frauen eine geradezu selbständige Wirkung ausüben würden.

Der beiseitenerweise keine Wunder erwartet, kann bestreift feststellen, daß die je 6 Frauen auf 100 Abgeordnete weit mehr als diesem Anteil entspricht geleistet haben. Die Chronik ihrer Arbeit hat Regine Deutsch in dem Tagen der National- versammlung in 20 Professorenschriften und völlig objektiv registriert, und diese Veröffentlichungen beweisen, daß die Par- lamentarierinnen fleißig und mit großer Sachlichkeit gearbeitet haben, daß sie, obwohl es ihnen keineswegs an Temperament gebricht, gute Disziplin im Rahmen parlamentarischer Formen hielten, mit einer einzigen Ausnahme, niemals an dem mitunter unwürdigen Ton im „Hohen Hause“ beteiligt waren und dem Präsidenten keinen Anlaß zum Einschreiten gaben.

In den neuen Reichstag zogen wieder 35 Frauen, also auch diesmal 6 oder genauer gerechnet 6,6 B. der Abgeordneten ein. 24, dem abgelauteten Reichstag angehörend, wurden wiedergewählt, 9 neu- gewählt, darunter eine, die dem Reichstag 1920/24 angehört hat, und zwei bisherige Mitglieder des Preussischen Landtags.

Die Aufrechterhaltung der alten Mandatszahl ist auf einen Zu- wachs von 2 Mandaten bei 25 Mandatsverlusten fraktion zu- rückzuführen; diese zählte im letzten Reichstag 15 Frauen unter 151, jetzt 30 Frauen unter 152 Mitgliedern. Eine ihrer Abgeordneten des letzten Reichstags ist ausgeschieden, dafür sind 6 neu eingetreten. Die Demokraten haben in ihrer auf 21 Mitglieder verkleinerten Fraktion ihre beiden bisherigen Vertreterinnen Frau Ministerialrat Bäumer und Dr. Marie Elisabeth Kübers behalten; ebenso hat die Bayerische Volkspartei ihre langjährige Abgeordnete Frau Lang-Bumann, deren Wahl zuerst zweifelhaft war, durchgebracht, und das Zentrum behielt gleichfalls seine 3 bisherigen Abgeordneten, Christine Leuch, Frau Luise Kersch, Frau Weber und die 7jährige, unermüdbare Vertreterin sozialer Arbeit, Frau Agnes Neuhaus. Unter seinen 62 Mandaten bilden die Frauen immerhin noch nicht 5, B. Die Deutsche Volkspartei weist unter 44 Mitgliedern 2 Frauen auf, die bisherige Par- lamentarierin Dr. Mäh und an Stelle der ausgeschiedenen Frau Clara Mendel als neues Mitglied Frau Dr. phil. Hertwig- Bünzler, ehemals Mitglied des Sächsischen Landtages. Bei den Kommunisten finden wir unter 36 Abgeordneten nur 3 Frauen, darunter als wiedergewählt die 71jährige revolutionäre Kämpferin Clara Zetkin. Am härtesten sind die Verluste der Deut- schen Nationalen Volkspartei, die im letzten Reichstag unter 109 Mit- gliedern 5 Frauen zählte, gegenwärtig unter 75 nur 2, von denen Frau Müller-Wolff, Vorsitzende des Evangelischen Frauen-

bundes, seit 1920 dem Reichstag angehört, während die Studienrätin Minna-Otze Krahmann bisher im Landtag wirte.

Die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten und Deutschso- zialisten sowie vielfache Splitterparteien haben überhaupt keine Frauen aufgestellt.

Es stehen somit 45 sonstigen Parlamentarierinnen der sozialdemo- kratischen Fraktion 13 aller sonstigen Parteien gegenüber. Unter den Sozialdemokratinnen, die hier nicht alle namentlich aufgeführt werden können, haben eine Anzahl schon seit der Nationalversammlung im parlamentarischen Leben, so Clara Schumacher, Marie Luchacz, Luise Schroder, Johanna Reiche, unter den neu eingetretenen ist besonders Dr. Minna-Siemssen, Oberlehrerin im Warteland und Honorarprofessor der Universität Jena, erwähnt.

Obwohl unsere Verfassung das passive Wahlrecht auf das voll- enzte 25. Lebensjahr festsetzt hat, wird doch dieser Vergünstigung nur selten Gebrauch gemacht, da man im allgemeinen Lebensführung und Reife von den Parlamentsvertretern beider Geschlechter fordert. Jugend, mit all ihren Vorzügen und Schwächen, ist somit nicht das wesentlichste Merkmal der Parlamentarierinnen. Von den 35 Frauen befinden sich 7 im Alter von 34 bis 40 Jahren, 3 im Alter von 40 bis 45 Jahren, 8 zwischen 45 und 50, 11 zwischen 50 und 57, je eine ist 63, 71 und 74 Jahre alt.

Dem Ehereinverbot in seinen verschiedenen Spielarten ent- gegen ist die größte Zahl der weiblichen Abgeordneten nicht verheiratet als 15 sind längere oder kürzere Zeit ehelos geblieben. Im übrigen finden wir verschiedenste Berufsberufe, eine Ärztin, mehrere hausmännliche Angestellte, Gewerkschaftssekretärinnen, Schrift- stellerinnen und Journalistinnen, Arbeiterinnen, Hausfrauen.

Diese Vielfältigkeit von Herkunft und Vorkenntnissen kommt, wie auch die bisherige parlamentarische Frauenarbeit beweist, der Volkserziehung zugute. Noch ist die Zeit für abschließende Urteile zu kurz und noch werden die Frauen von ihren Fraktionen vielfach nicht nach dem Gesichtspunkt individueller Befähigung, sondern im Sinne der noch nicht überwandenen Anschauungen „über eigentliche Frauenaufgaben“ verwendet. Demzufolge ist ihre Betei- ligung, z. B. an der Außenpolitik noch vermindert, obwohl sicher- lich manche der Frauen hierfür Verkönnnis und Befähigung hat. Eingezogen haben sich schon jetzt weibliche Abgeordnete durchgehört auf Gebieten, die man ihnen anfangs nicht zutraute, wie Handels- abkommen, Zollverträge, Schiffahrt und Steuerfragen, Wirtschaftspolitk, Landwirtschaft usw.

Besonders erfolgreich haben Frauen auf dem umfassenden Gebiet der Sozialpolitik (es lie hier auf das Jugendbeschäftigungsgesetz hingewiesen), der Beschäftigungspolitik (hierbei gehört auch das Gesetz zur Befähigung der Geschlechtskrankheiten), in Fragen des Erziehungs- wesens und der Strafrechtsreform gewirkt.

Nach die Arbeit im neuen Reichstag wird im wesentlichen diesen Einlen folgen, unter den 8 neu Eingetretenen entschlüssen 3 dem Eheberuf (3 Sozialdemokratinnen, je eine der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei); einige der diesmal neu Gewählten haben sich als Sachverständige auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungs- wesens, andere auf dem Gebiete des Schutzes von Mutter und Kind, der Ehe- und Sepulralreform einen angenehmen Namen gemacht, so daß ihre Wahl mehr als einen bloßen Zuwachs an Zahl bedeutet.

Die Disher werden auch weiterhin die weiblichen Abgeordneten in erster Linie die Anschauungen ihrer Parteien vertreten. Die etwas weitstehende Idee, daß sich „eine Frauenpartei“ bilden könne, hat keinerlei Ausflüchte auf Verwirklichung — demnach gab es in der Geschichte der verflochtenen Reichstags seitens Angebliden, wo über Parteitreue hinweg eine gewisse Solidarität weiblichen Stand- punktes sich fühlbar machte — zum Besten der Jugend, zum Besten sozialer Bestrebungen. Möge es im neuen Reichstag häufiger gelingen, Frauenkräfte zusammenzufassen für forderungen der Mensch- lichkeit und Gerechtigkeit, für Volkserziehung und Volkswohl- fahrt!

Dahin zu wirken ist Frauenaufgabe auch im Rahmen der eigenen Parteien, eine Aufgabe, deren Lösung um so verdienstlicher ist, je größer die zu überwindenden Widerstände sind.

*) „Die Tat der Frau in der Nationalversammlung.“ „Parlamentarische Frauenarbeit“ I u. II, Verlag Herbig, Berlin.

Die deutsche Kohlenwirtschaft.

Von Heinrich Köppler, Direktor im Reichskohlenverband.

Die Erzeugung des deutschen Kohlenbergbaus bewegte sich 1927 in Rekordhöhen. Innerhalb der jetzigen Staatsgrenzen und ohne das Saargebiet wurden in Millionen Tonnen produziert:

Jahr	Steinkohle	Rohe	Braunkohle	Braunkohlen-Beizstoffe
1913	140,75	51,66	87,22	21,60
1925	152,72	26,81	159,79	35,65
1926	145,56	26,25	159,87	34,55
1927	153,59	32,35	150,55	36,46

Die Steinkohlenförderung ist in 1927 um 12,64 Mill. T. = 9,85 v. H. gegen 1913 gestiegen. Die Koksproduktion hat sich nur gering erhöht. Gegen die letzten Vorjahre ist aber auch bei diesem Produkt eine Steigerung von über 6 Mill. T. festzustellen. Diese Tatsache deutet auf die durchaus gute Konjunktur in der Eisenerzeugung hin, denn sie ist der hauptsächlichste Koksverbraucher. Gemalt ist aber die Produktionssteigerung beim Braunkohlenbergbau. Bei der Rohkohlenförderung betrug sie in 1927 gegen das letzte volle Vorkriegsjahr 65,35 Mill. T. = 72,6 v. H. und bei der Braunkohlenbeizstoffförderung 14,96 Mill. T. = 69,58 v. H. Der bereits nach kurzer Kriegsdauer einsetzende und sich dann immer weiter steigende und auch nach seinem Abbruch noch über fünf Jahre anhaltende Brennstoffmangel war zum Aufstieg des Braunkohlenbergbaus sehr günstig. Rechnet man die Menge der gewonnenen Rohkohlenförderung nach dem Gehalt auf Steinkohle um (2% Co. Rohkohlenförderung = 1 Co. Steinkohle), dann stellt sich die Kohlenzweigung in 1927 auf 215,8 Mill. T. gegen 175,6 Mill. in 1913.

Die Förderung der einzelnen Steinkohlenreviere nahm folgende Entwicklung in Mill. Tonnen:

Jahr	Ruhrrevier	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Sachsen	Sachsen	Nieder-sachsen
1913	114,18	11,09	5,82	3,26	5,44	1,23
1925	104,10	14,27	5,56	3,54	3,80	1,21
1926	121,11	17,46	5,58	4,62	4,14	1,31
1927	118,02	19,37	5,84	5,02	4,02	1,31

Im Ruhrrevier wurde 1927 erstmalig die Förderung von 1913 überschritten. Dies würde auch schon früher der Fall gewesen sein, wenn die Kohlenzweigung infolge Absatzmangel nicht bemerkt eingeschänkt worden wäre. Nach beachtlich ist der Aufstieg in den Grenzbergbaurevieren Sachsen und Oberschlesien. Im sächsischen Revier beträgt der Förderauftrag gegen 1913 rund 44 v. H. Das ist besonders beachtlich, weil gerade dieser Bergbaurevier seine Produktion nur unter schärfsten Konkurrenzkämpfen absetzen kann. Sehr groß ist die Mehrförderung gegen 1913 in Westschlesien. Sie beträgt 8,28 Mill. T. = 74,6 v. H.

Ein Teil der Steinkohle wird auf dem Wege der trockenen Destillation zu Koks verarbeitet. In dieser Form läßt die Steinkohle ein für die Mehrförderung gegen 1913 in Westschlesien. Sie beträgt 8,28 Mill. T. = 74,6 v. H.

Jahr	Ruhrgebiet	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Sachsen	Sachsen	Nieder-sachsen
1913	24,737	1,056	0,954	1,1	0,065	—
1925	22,572	1,074	0,926	0,958	0,197	0,075
1926	22,886	1,049	0,895	0,965	0,176	0,125
1927	27,417	1,239	0,921	1,057	0,223	0,150

Im Ruhrgebiet allein werden 85 v. H. der deutschen Koksproduktion erzeugt. Die Voraussetzungen für das starke Übergewicht liegen in der ausgezeichneten festkohlenspartie begründet, über die der Ruhrbergbau verfügt. Eine bei der trockenen Destillation eingesetzte Coale Kohle hat ein Ausbringen von 750 bis 800 Kilogramm Koks, 300 bis 350 Kubikmeter Gas und 30 bis 50 Kilogramm Leere, Öle und Chemikalien. Auf den großen Gasmengenentfall bei der Kohlenverfälschung beruht das Problem der Gasverwertung, dessen Ziel es ist, die entstehenden Gase zur zweckmäßigen Verwendung zu bringen. In Ermangelung einer anderen Verwendung werden sie jetzt unter den Koksöfen verbrannt, was minderwertigere Brennstoffe denselben Zweck erfüllen könnten. Das Problem der Gasverwertung ist jetzt noch sehr unrichtig, aber es wird gelöst werden müssen. Ein weit über die Verkokung hinausgehendes Ziel der Kohlenverwertung ist die synthetische Öl- und flüssige Kraftstoffherstellung. Auf diesem schon bereits beschrittenen Weg weiterzugehen ist nicht nur für den deutschen Bergbau von zwingender Notwendigkeit, sondern auch für die gesamte Wirtschaft

von allerhöchster Bedeutung, denn die Zahlen über die Öl- und flüssige Kraftstoffherstellung in der Handelsbilanz des Deutschen Reiches reden eine deutliche Sprache.

Die Produktionssteigerung bei der Kohlenzweigung ist nicht etwa auf eine erhöhte Zahl beschäftigter Arbeiter zurückzuführen, sondern auf die wesentlich gesteigerte Arbeitsintensität und die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist, abgesehen von den Bezirken Sachsen und Oberschlesien, fast rückläufig gewesen. In den einzelnen Steinkohlenrevieren waren Arbeiter beschäftigt:

Jahr	Ruhrrevier	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Sachsen	Sachsen	Nieder-sachsen
1913	590 647	51 739	27 290	15 762	26 007	5 779
1922	359 900	48 969	42 496	15 666	37 016	11 466
1925	378 571	47 578	49 663	18 586	24 933	7 113
1926	588 757	50 205	28 841	21 102	25 285	2 238
1927	574 097	53 245	26 220	21 809	22 121	6 785

Sollt 1922 wurden im Ruhrbergbau fast 200 000, in Niederschlesien 16 200, in Sachsen 12 250 und in Niedersachsen 4200 Arbeiter beschäftigt. Anders trotzdem eine wesentliche Produktionssteigerung festzustellen ist, dann muß sich also der Fördererfolg je Mann und Schicht gehoben haben. Und das ist in der Tat so. In den wichtigsten Steinkohlenrevieren betrug der Fördererfolg je Mann und Schicht in Kilogramm:

Jahr	Ruhrrevier	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Sachsen	Nieder-sachsen
1913	943	1 139	669	709	—
1925	946	1 154	661	562	—
1926	1 114	1 270	735	558	—
1927	1 132	1 359	783	637	—

Gegen 1913 weist der Fördererfolg je Mann und Schicht folgende Erhöhungen nach: im Ruhrbergbau 189 Kilogramm, in Ostschlesien 200 Kilogramm und in Niederschlesien 112 Kilogramm. Nur im sächsischen Sachsen ist ein Rückgang festzustellen. Die großen Unterschiede von Revier zu Revier erklären sich aus den verschiedenartigen geologischen Verhältnissen.

Die Braunkohlenförderung stellte sich in den einzelnen Bergbaurevieren in Millionen Tonnen:

Jahr	Ostschlesien	Mittel-deutschland	Rheinland	Sachsen
1913	25,846	58,635	20,535	1,896
1925	39,752	57,785	39,917	2,169
1926	39,714	56,715	40,235	2,211
1927	41,653	61,679	44,600	2,507

Diese Zahlen offenbaren einen außerordentlich günstigen Aufstieg. Besonders im Rheinland hat sich die Förderung gegen das letzte Vorkriegsjahr um 120 v. H. gehoben. Die Braunkohle hat in der Hauptache nur binnenwirtschaftliche Bedeutung. Sie kann in ihrem Ursprung wegen des hohen Gewichtes flüssiger Bestandteile nicht weit transportiert werden, was das Ankohlen sehr unwirtschaftlich und es kann nur allem nicht exportiert werden. Soweit sie nicht in industriellen Unternehmungen verbraucht wird, die den Gewinnungsteilen nahe liegen, wird sie zu Briquets verarbeitet. In diesem Zustand hat sie den Ruf eines beliebten und handlichen Hausfeuerungsmittele erlangt und ist daher zur Steinkohle in scharfer Konkurrenz getreten. Die Braunkohlenbeizstoffherstellung betrug in den einzelnen Revieren und in Millionen Tonnen:

Jahr	Ostschlesien	Mitteldeutschl.	Rheinland	Sachsen
1913	7,135	8,059	5,825	0,75
1925	11,085	15,431	8,997	0,144
1926	11,255	15,408	9,476	0,164
1927	11,701	14,514	10,396	0,191

So offenbaren auch die Produktionszahlen aus dem Braunkohlenbergbau einen kräftigen Aufstieg. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist aber außerordentlich fast zurückgegangen. In den vorgenannten Bezirken waren 1922 auf den Braunkohlenbergbau 176 500 Arbeiter beschäftigt. Im Dezember 1928 waren es nur 87 000, so daß ein Beschäftigtenrückgang von 50 v. H. festzustellen ist. Dennoch trotz der Produktion anhaltend gestiegen ist, dann kennzeichnet diese Tatsache den Grad der Mechanisierung und Rationalisierung.

Der deutsche Kohlenaußenhandel wird durch nachfolgende Aufstellung charakterisiert. Er betrug in Millionen Tonnen:

Jahre	Einfuhr			Ausfuhr		
	Steinkohle	Roß	Wasserkohle	Steinkohle	Roß	Beitette
1915....	10,557	0,595	7,108	36,901	6,455	0,861
1925....	7,871	0,089	2,487	22,897	7,366	1,504
1926....	2,556	0,091	2,255	39,520	10,570	2,365
1927....	4,995	0,222	2,807	27,679	8,579	1,659

Die Kohleneinfuhr der letzten Jahre ist wesentlich geringer wie die von 1915. Unter den Ausfuhrungen sind auch die Reparationslieferungen auf Grund des Verfallers Vertrages enthalten. Daß die Ausfuhr in 1926 besonders groß war, war dem sechs Monate anhaltenden englischen Bergarbeiterstreik zuzuschreiben, während dessen Dauer Deutschland sich als hauptsächlichster Derforger des europäischen Kontinents betätigen konnte. Daß dann die Ausfuhr in 1927 geringer sein würde, war voranzusehen, nachdem die englische Kohle wieder auf dem Weltmarkt erscheinen konnte. Der Ausfuhrrückgang in 1927 gegen 1926 bietet daher keine Überraschung.

Das absehlende Jahr 1927 brachte, wie nachgewiesen wurde, eine starke Vermehrung der Kohlenproduktion. Gegen das Vorjahr stieg auch die Einfuhr, während die Ausfuhr zurückging. Die Mehrmengen, die sowohl Deutschland zur Verfügung standen, wurden von der heimischen Wirtschaft aufgesaugt. Die nachfolgende Aufstellung zeigt ersicht den monatlichen statistischen Brennstoffverbrauch unter Umrechnung auf Steinkohle nach dem Heizwert und zweitens den Steinkohlenverbrauch unter Zurückrechnung von Koks auf Steinkohle. Der deutsche Kohlenverbrauch betrug in Millionen Tonnen:

Monatsdurchschnitt	Gesamterverbrauch alle Brennstoffe auf Steinkohle umgerechnet		Steinkohlenverbrauch auf Steinkohle zurückgerechnet	
	1915	1925	1915	1925
"	1925	11,558	8,685	
"	1926	11,055	8,467	
"	1927	12,809	9,956	

Wanderererfürsorge.

Von Dr. jur. Freiherr v. Wrangel.

Ein Gebiet, das wie kaum ein anderes im Mittelpunkt der Wohlfahrtsbestrebungen stehen sollte, ist die Fürsorge für mittellose Wanderer. Ihre Zahl ist infolge der Arbeitslosigkeit außerordentlich stark im Steigen begriffen; Bettellei und Landstreicherei haben auf dem Lande und noch mehr in der Stadt zugenommen. Zu denen, die zwecks Arbeitsfunde sich auf die Wandererschaft begeben haben, treten die Obdachlosen, die ohne feste Unterkunft und ohne Arbeit sich mit Betteln durchzuschlagen versuchen. Es handelt sich hauptsächlich um jüngere männliche Personen, die durch dieses Hinsinnenleben nicht nur jeden moralischen Halt, die Arbeitslust und ihre Heimat verlieren, sondern der Gefahr der Landstreicherei und Lockungen anlawbarer Elemente preisgegeben sind.

Leben dieses Substantives Gefahren bedeutet das Landstreichertum eine Erhöhung der Unsiherheit und schließt die Verbreitung von Epidemien in sich. Die hilfsbereite Bevölkerung unterstützt im Mitleidnis der Verhältnisse in Einzelfällen manden gewerbsmäßigen Landstreicher und Müßiggänger zum Schaden aller derjenigen, denen mit den gleichen Mitteln viel mehr geholfen werden könnte.

Wie diese Gründe haben schon in früheren Zeiten Staat und Kommunen veranlaßt, ihr besonderes Augenmerk dem Bettelunwesen und der Landstreicherei zuzuwenden.

Die Mittel sind zu den verschiedenen Zeiten auch verschieden gewesen. Im Mittelalter sind sie darauf abgestellt gewesen, die Bettellei und das Landstreichertum dadurch zu bekämpfen, daß man die

	Gesamterverbrauch alle Brennstoffe auf Steinkohle umgerechnet		Steinkohlenverbrauch auf Steinkohle zurückgerechnet	
	14,042	10,759	15,284	10,285
Januar 1928	14,042	10,759	15,284	10,285
Februar 1928	15,284	10,285	14,265	10,944
März 1928	14,265	10,944		

Diese Verbrauchsangaben sind als ein Konjunkturbarometer zu werten. Sie legen Zeugnis für eine gute Wirtschaftslage ab. Dabei ist noch zu beachten, daß in der gesamten Wirtschaft Brennstoff ersparende Maßnahmen durchgeführt sind, flüssiger Heizstoff immer mehr in Verwendung genommen wird und Wasserkraften im Dienst der Energieerzeugung stehen. Bei gleichen Heiz- und Energieerhältnissen wie die 1915 würde der Kohlenverbrauch noch größer gewesen sein.

Die Lage des deutschen Bergbaus, von der Produktionsseite aus gesehen, war durchaus befriedigend. Um die Produktion aber abzufeuern, mußten große Preisopfer gebracht werden. Besonders auf den Märkten, wo die Konkurrenz aufeinanderberuht. Der englische Bergbau steht nach amtlichen Nevisionsberichten schon seit 14 Jahren seine Kohlenproduktion, die monatlich 20 Millionen übersteigt, nur mit Declinaten von 1 bis 1 1/2 Schilling je Tonne ab. Dieses Schicksal, um den Markt zu behaupten, hat für Deutschland, besonders aber für den Lachener und den Ruhrbergbau, in preismäßiger Hinsicht starke Rückwirkungen. Der Reichskohlenverband bestimmt und veröffentlicht zwar die deutschen Brennstoffverkaufspreise; aber es sind keine Mindest-, sondern Höchstpreise, die infolge bestiger Konkurrenz nicht eingehalten werden und im Ausland keine Gültigkeit haben. Bis zum 31. Mai 1928 stand der Durchschnittspreis des Ruhrbergbaus in der Nähe von 17,00 Reichsmark. Nach dem von Professor Dr. Schmalenbach in Gemeinschaft noch mit anderen Herren erhaltenen Gutachten über den Ruhrbergbau betrug der Erlös des Syndikats für die absehlende Tonne Kohle im Durchschnitt einschließlich Handelsgewinns 14,37 Reichsmark, einschließlich Koks- und Beifolgebogen betrug der Erlös des Syndikats 15,55 Reichsmark. Er lag also um mehr denn 2 Reichsmark unter dem Durchschnittspreis. Daß solche Verhältnisse ihre Rückwirkungen auf die materielle Lage des Bergbaus und der in ihm beschäftigten Menschen haben, ist unbestreitbar. Abhilfe kann nur eine vernünftige internationale Verständigung bringen. Und diese sollte man anstreben, bevor man sich gegenseitig niederkämpft hat.



Derpflegungsstationen (Wandererarbeitshäusern), der deutsche Herbergsverein und der Zentralverband deutscher Arbeiterkolonien, die sich der Durchführung hinzuwenden versuchen. Noch fehlt es an einer einheitlichen Regelung für das ganze Deutsche Reich. Um weiteren Fortschritten auf diesem Gebiete ist Württemberg, was die Landesorganisation anbelangt, die vorbildlichste Wandererarbeitshäuser ist die vor den Toren Berlins, Kobetal bei Bernau. — Für Wanderer mit festem Sitz bietet die Wandererarbeitshäuser.





saue. Daneben befinden sich Tagesräume, Ess- und Arbeitsräume; denn nur gegen Arbeit findet Aufnahme statt. Eine Hausordnung regelt Mühen und Schlafenszeiten; Betten und Stühle werden von den Gästen selbst in Ordnung gehalten.

Unter Leitung eines Hausvaters — meistens eines Geistlichen — steht der ganze Betrieb. Er sorgt für Ordnung, Saubertum und Sauberkeit und Ruhe. Die Ankommenden werden von ihm dem Arbeitsamt gemeldet und, soweit Arbeit vorhanden ist, mit den notwendigen Papieren zur Arbeitsaufnahme auf die Wanderchiff geföhrt. Soweit dies nicht möglich ist, finden sie Arbeit durch Holzzerleinere oder im Gartenbetrieb oder werden privaten Arbeitgebern gegen angemessenen Lohn zur Verfügung gestellt. So wird den Wanderern das Gefühl genommen, auf Almosen angewiesen zu sein, sie werden zur Ordnung und Sauberkeit erzogen, lernen wieder arbeiten und lernen Gemeinschaftsinn und Kameradschaft.

Leben der Arbeit werden ihnen Möglichkeiten gegeben, in denen sie sich mit sich selbst beschäftigen können, lesen, singen oder sich wissenschaftlich fortbilden, sei es in der Erlernung eines bestimmten Handwerkes oder nur Schönföhren. Der Hausvater ist ihr geistiger und leiblicher Seelsorger, der auch zu gegebener Zeit Strenge walten lassen muß. Ein nicht unerheblicher Teil der Gäste sind Strafentlassene, die entweder auf der Wanderchiff begriffen oder aus Gefängnisanstalten direkt der Wandererarbeitstätte zugeföhrt werden und dort zu brauchbaren Menschen geföhrt werden sollen.

In jedem Kansteil werden bestimmte Wegefreien zu ausgesprochenen Kanstrafen. Sie entwickeln sich aus den verschiedensten Gründen je nach der Lage der Industrie und Arbeitslosigkeit. An diesen Wandererhöfen sind Wandererarbeitstätten zu errichten, deren Entfernung keine andere einem möglichen Fuhrtagemarsch entspricht. Sie dienen allen solchen mittellosen Wanderern zur Raß und Unterkunft, die sich über ihre Person durch einen Paß der Wanderchiff durch einen Wanderheim legitimieren können. Die Wandererarbeitstätten sollen gleichzeitig die Arbeitsuchenden auf Arbeitslosigkeit hinweisen und je gegebenenfalls in neue Arbeit vermitteln. Sie dienen dem gornorten Wanderleben und sollen vermeiden, daß Wanderer aus Not oder Planlosigkeit der Bettellei und der Landstreichererei anheimfallen.

In der Regel werden diesen Wandererarbeitstätten Obdachlosenheime anzugliedern sein, um alle die Wanderer, die der Wanderordnung — folde bestehen 3. B. in verschiedenen Kansteilen — nicht unterliegen, aber mittellos und arbeitsfähig sind, aufzunehmen.

stätte einfache Unterkunft, da diese Göße gewöhnlich nur für die Nacht bleiben. Wanderer, die auf Arbeitsuche sind, werden bei der Aufnahme auf ansteckende Krankheiten untersucht, erhalten einfaches Frühstück, Mittag und Abendbrot und wohnen zu vier gemeinsam in einer Schlafkammer. Essen und Arbeitsräume; denn nur gegen Arbeit findet Aufnahme statt. Eine Hausordnung regelt Mühen und Schlafenszeiten; Betten und Stühle werden von den Gästen selbst in Ordnung gehalten.

Der Wanderordnung unterliegende diejenigen nicht, die weder im Besitz eines Wanderheimes sind noch sich durch Paß legitimieren oder über ihre letzte Arbeitstelle Auskunft geben können. Auch hier soll verberitet werden, die Obdachlosen der Bettellei und Landstreichererei anheimzufallen zu lassen. In diesen Heimen bleiben die Obdachlosen 1 bis 2 Tage und werden zur Verberitung einer gewissen Arbeitsleistung angewiesen. Nachdem wird ihnen ein ordnungsmäßiger Wandererhöfen ausgestellt. Nur arbeitsfähige mittellose Wanderer finden in den Wandererarbeitstätten und den Obdachlosenheimen Aufnahme. Nicht arbeitsfähige gehören in Heime der öffentlichen oder freien Wohlfahrtspflege.

Nicht unmittelbar zur Wandererfürsorge gehören die Arbeiterkolonien, in denen arbeitslose männliche Personen, die der Gefahr unterliegen, auf Abwege zu geraten, und Straftentlassene Aufnahme finden, um sie durch landwirtschaftliche oder andere Tätigkeiten einem gornorten Kebe wieder zuzuföhren.



Im allgemeinen können mit diesen vorgenannten Anstalten auch Herbergen zur Heimat verbunden oder ihnen angegliedert werden, um zahlenden durchziehenden Wanderern eine billige und saubere Unterkunft zu bieten.

Es ist mit besonderem Dank zu begrüßen, daß die vorerwähnten Fachverbände sich dieser umfangreichen fürsorgelichen Tätigkeit angenommen haben. Es darf aber nicht verkannt werden, daß auch Reich, Staat und Gemeinden hier noch ein segensreiches Feld der Tätigkeit erböcht und besonders die größeren Städte und Kommunalverbände in ihrem eigenen Interesse dieser fürsorge ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden haben. Sind damit auch Kosten verbunden, an denen sich Kommunen und Kommunalverbände anteilmäßig zu beteiligen haben werden, so stehen diese in keinem Verhältnis zu den Gefahren in stittlicher, moralischer, hygienischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht, denen die Allgemeinheit ausgesetzt ist.

Die Erfolge, die mit einer systematisch aufgezogenen Wandererfürsorge in anderen Kansteilen des Deutschen Reiches bereits gemacht sind, sprechen eine beredte Sprache. Das ständige Anwachen der Besucherzahl der Wandererarbeitstätten, das rapide Sinken der wegen Bettellei oder Landstreichererei Befragten, die steigende Einte der zur Arbeit Vermittelten und die Sübernung der Kanstrafen von planlos herumirrenden Wanderern zeigen, daß hier eine fürsorge in die Hand genommen werden muß, die unendlich viele Segen und Gutes stiften kann.

Es ist zu hoffen, daß diese fürsorge bald auch dort aufgenommen wird, wo sie bisher noch nicht besteht und sich öffentliche und freie Wohlfahrtspflege mit allen Kräften der Wandererfürsorge annehmen, um: Arme Helfende in wirtschaftlicher Not entsprechend zu unterstützen, die Bevölkerung von der Verberitung der Bettellei zu befreien, Eigentumsverletzungen zu verhindern und der gemebrmäßigen Bettellei zu feuern.

Kommunale Finanzstatistik für 1925 und 1927.

Von Dr. Karl Harber, Berlin.

Welche Kosten verursachen die einzelnen Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung und aus welchen Quellen werden die erforderlichen Ausgaben gedeckt? Diese Frage steht seit der Finanzreform von 1920 im Mittelpunkt aller Finanzvergleichsverhandlungen, sie beherrscht die Auseinanderlegungen über die finanzielle Belastung der Wirtschaft.

Die Antwort sollte aus die Reichsfinanzstatistik geben, die seit 1923 auf Verlangen des Reichstages durchgeführt wird. Die Arbeiten des statistischen Reichsamtes sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Wir wissen nur, wie hoch die Steuereinnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden 1913 und 1923 waren, wie die Steuereinnahmen aus Reichs-, Landes- und Gemeindegeldern sich entwickelt haben (ohne daß wir wissen, wem sie zuzuflossen sind). Wir wissen zwar auch, wie sich im ganzen die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1925 auf die verschiedenen Aufgabengebiete verteilen, ohne daß aber die Unterteilung auf Reich, Länder und Gemeinden bekannt ist.

Wer sich heute einen Einblick in die finanzielle Ausrichtung der gegenwärtigen Aufgabengebiete und Ausgabenverteilung der öffentlichen

will, ist daher vorläufig noch auf andere Erhebungen als die amtliche Reichsfinanzstatistik angewiesen. Für die größeren Gemeinden hat sich der Verband der deutschen Städtestatistiker der Aufgabe unterzogen, und eine Finanzstatistik unter Zugrundelegung der Haushaltsansätze für 1925 und 1927 durchgeführt (Bearbeiter: Dr. Dr. Seute-mann-Hannover). Weil den noch immer erheblichen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung weichen hebe Doranfschlag und Rechnungsergebnis zwar oft stark voneinander ab, so daß die Seute-mannsche Statistik in ihrer quantitativen Verwendbarkeit naturgemäß hinter der Reichsfinanzstatistik, die auf der Rechnung aufbaut, zurücksteht. Sie hat aber den Vorzug der größtmöglichen Aktualität sowie großer Einfachheit und vermag dabei doch die Grundlinien der finanziellen Entwicklung anzudeuten. Mehr als aneuten kann sie aber nicht, denn jeder vergleichenden Finanzstatistik hängen Wesensmängel an, die ein Eingehen auf feinheiten ausschließen. Die Verschiedenheiten der Kandesgesetzgebung, die örtlich verschiedene soziale, wirtschaftliche und organisatorische Derfassung der Kommunen lassen sich nicht ungestraft vernachlässigen. Die folgende Darstellung be-

schänkt sich daher darauf, in groben Umrissen die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Städte über 30 000 Einwohner in den letzten Jahren darzustellen. Der tiefer eindringen will, möge im Statistischen Jahrbuch XXIII. Jahrgangs die Zahlen für die einzelnen Städte studieren.

Bei unsern Betrachtungen soll Berlin wegen seiner Bedeutung gesondert behandelt werden, die übrigen Städte über 200 000 Einwohner (18 Vergleichsstädte), die Städte zwischen 100 000 und 200 000 Einwohner (19 Vergleichsstädte) und die 29 Vergleichsstädte zwischen 30 000 und 100 000 Einwohner sind jeweils zu Gruppen zusammengefaßt. Den Betrachtungen liegt außerdem nur der ordentliche Haushalt zugrunde, auch sind die Werfbetriebe ausgeschlossen, so daß lediglich die Daten der ordentlichen Kämmerverwaltungen herangezogen werden.

Schließlich ist festzustellen, daß die Ausgaben der Städte nach den Vorschlägen von 1925 auf 1927 erheblich gestiegen sind, und zwar nicht nur absolut, sondern auch pro Kopf des Einwohners. Sie betragen hier in Reichsmark:

in	1925	1927	Steiger. um v. H.
Berlin	146,54	185,60	25,4
sonst. Städten über 200 000 £.	141,13	164,19	16,5
Städten v. 100 000—200 000 £.	131,52	148,84	12,5
Städten v. 50 000—100 000 £.	122,72	141,02	14,9

Die Steigerung der Ausgaben je Einwohner schwankt somit gruppenweise zwischen 23,4 und 13,5 v. H., innerhalb der Gruppen selbst treten erhebliche Differenzen auf. Von den Ausgaben entfallen dabei auf persönliche Ausgaben, d. h. Aufwendungen für Wohnungen, Pensionen (nicht für Arbeiterlöhne, die Sachausgaben im Sinne der Statistik) sind in v. H.:

in	1925	1926
Berlin	35,2	30,9
sonstigen Städten über 200 000 £.	31,5	27,6
Städten von 100 000—200 000 £.	34,2	32,1
Städten von 50 000—100 000 £.	35,4	31,1

Der Anteil der Personalzinsen ist somit überall zurückgegangen.

Man gibt ein Vergleich der Ausgaben selbst noch kein brauchbares Bild, denn deren Höhe hängt oft von zufälligen Faktoren ab (Umsatz der im Etat enthaltenen Nettobeträge und Bruttobeträge usw.). Vor allem vermögen die Zahlen keinen Einblick in die Höhe der durch Steuern und Werfbüchse zu deckenden Ausgaben zu geben, d. h. sie sagen nichts darüber aus, ob mit der erhöhten Ausgabe zugleich die zahlenmäßige Belastung der Wirtschaft gestiegen ist. Dabei ist für uns der Finanzbedarf, d. h. der jeweilige, durch Steuern und Werfbüchse zu deckende Schlußbetrag von größerem Interesse. Diese Schlußbeträge machten je Kopf der Bevölkerung aus in Reichsmark:

in	1925	1927	Steiger. in v. H.
Berlin	65,55	83,60	31,9
sonst. Städten über 200 000 £.	62,74	71,84	14,5
Städten v. 100 000—200 000 £.	55,74	66,42	19,2
Städten v. 50 000—100 000 £.	55,37	63,85	19,6

Sie weisen so Steigerungen auf, die zum Teil weit über die Ausgabeforderungen hinausgehen. Trotzdem ist der Anteil der Steuern an der Deckung der Ausgaben von 1925 auf 1927 zurück-

gegangen, die Hauptlast des Mehrbedarfs ruht (nach den Haushaltsplänen) auf den Überschüssen der Betriebe. Die Gesamtausgaben wurden nämlich gedeckt in v. H.:

durch	Berlin		sonst. Städte über 200 000 £.		St. v. 100 000 bis 200 000 £.		St. v. 50 000 bis 100 000 £.	
	1925	1927	1925	1927	1925	1927	1925	1927
Steuern	51,4	49,5	48,0	44,8	49,5	47,5	48,6	45,8
Werfbüchse:								
Schiff.	5,5	8,9	9,0	12,4	7,3	10,8	6,9	8,8

Ob die tatsächliche Entwicklung dem entsprechen hat, ist bei den starken Mehrerträgen an Überweisungen und Realsteuern infolge der guten Wirtschaftsjahre sehr fraglich.

Auf welchen Aufgabebereichen sind nun die Mehrausgaben entstanden, worauf ist der vergrößerte Schlußbedarf zurückzuführen? Die Sechsmannschen Zahlen zeigen, daß Ausgaben wie Schlußbeträge in nennenswertem Umfang nur gemacht sind beim W o h l f a h r t s w e s e n, weniger stark beim Schul- und Bildungswesen. Bei der allgemeinen Verweltlichung im Haus- und Straßenwesen sowie im Gesundheitswesen sind dagegen die Schlußbeträge im wesentlichen gleich geblieben oder sie haben sich sogar verringert. Wie hoch die Wohlfahrtslasten veranschlagt wurden, geht aus folgender Aufstellung hervor. Je Kopf des Einwohners entfielen in Reichsmark an Ausgaben und Schlußbeträgen:

	Berlin		sonst. Städte über 200 000 £.		St. v. 100 000 bis 200 000 £.		St. v. 50 000 bis 100 000 £.	
	1925	1927	1925	1927	1925	1927	1925	1927
Ausgaben	27,21	45,01	25,21	36,68	23,78	32,50	21,56	28,81
Schlußbeträge	25,61	39,69	21,79	31,59	20,74	27,54	17,09	23,48

Die Folge dieser Änderungen im wägbaren Etat ist der Rückgang des Anteils aller Verwaltungszweige und die Steigerung des Anteils der Wohlfahrtspflege. Auf diese entfällt in Berlin mehr als ein Drittel, in den übrigen Städten nahezu ein Drittel des Finanzbedarfs, und zwar betrug der Anteil des Wohlfahrtswesens in v. H. des Finanzbedarfs:

in	1925	1927
Berlin	27,5	36,4
den übrigen Städten über 200 000 £.	26,7	32,8
den Städten v. 100 000—200 000 £.	27,0	30,8
den Städten v. 50 000—100 000 £.	23,8	28,0

An zweiter Stelle stehen die Schlußbeträge beim Schul- und Bildungswesen mit durchschnittlich 23 v. H. Interesse ist es, daß der Anteil der allgemeinen Verwaltung sich in allen vier Gruppen verringert hat trotz der in den Etats schon zum Teil berücksichtigten Besoldungserhöhungen; ein Beweis dafür, daß die städtische Verwaltung zwischen 1925 und 1927 weiter rationalisiert wurde. So betragen die Schlußbeträge der allgemeinen Verwaltung in a. H. des Gesamtfinanzbedarfs in Berlin 16,8 bzw. 15,6, in Gruppe II 16,9 bzw. 14,4, in Gruppe III 20,6 bzw. 17,1, in Gruppe IV 20,6 bzw. 19,7.

Bei der Aufstellung der Etats für 1927 war allerdings noch nicht zu übersehen, daß das Reich die Kosten der unterjährigen Erwerbslosenfürsorge zum großen Teil übernehmen würde. Wie sich die rechnungsmäßigen Ergebnisse, d. h. die tatsächlichen Ausgaben, in Wirklichkeit gestaltet haben, wird die Reichsfinanzstatistik für 1927 zeigen, deren Ergebnisse hoffentlich am Anfang des nächsten Jahres vorliegen. Es ist dann dringend zu wünschen, daß die Dröcklichkeit der Ergebnisse in einer Form erlaube, die dem praktischen Bedürfnis entspricht, d. h. getrennt nach Reich, Ländern und Gemeinden.

Zur Zeitgeschichte

Die Lage in Frankreich.

In Frankreich ist zu Anfang dieses Monats die neugewählte Kammer zusammengetreten. Es haben sich die Kammerfraktionen neu gebildet. Das Präsidium der Kammer wurde neu gewählt und die Regierung hat, in der Kammer durch den Ministerpräsidenten Poincaré, im Senat durch den Justizminister Barthou, die Programmserklärung zur Verlesung gebracht. Dabur ist sich das politische Bild einigermaßen geklärt.

Wesentlich sind die französischen Parteien keine so festgelegten und klaren Gebilde wie etwa die deutschen, und entsprechen die Fraktionen im Parlament keineswegs den Parteien im Lande. Obwohl die französischen Wahlen am 22. und 29. April, stattfanden, hat man erst jetzt mit einiger Genauigkeit erfahren, welches Bild die neue Kammer fraktionsmäßig bietet. Das erklärt sich daraus, daß

diese Fraktionen größtenteils wechselnde Gebilde sind, bei denen weniger das Programm als die Persönlichkeiten der Führer die Gruppierung bedingen. So sehen wir denn, daß das Bild, das die Fraktionsgruppe der Kammer nach den letzten Wahlen bietet, nicht nur durch die Ums und Neubildungen der einzelnen Fraktionen, sondern auch durch Ums und Neubildungen der Fraktionen eine Änderung erfahren hat. A. B. hat sich die Gruppe der Sozialrepublikaner, die zwar das Programm ansieht, zwischen den Radikalen und den Sozialisten steht und in der alten Kammer als Mittelglied hatte, darunter Painlevé und Briand, in zwei Gruppen von 15 bzw. 13 Abgeordneten geteilt. Der frühere radikale Abgeordnete Franlin-Bouillon, der sich mit seiner Partei im Herbst letzten Jahres entzweit und aus ihr ausgestreut war, hat eine eigene Fraktion, die sich Antoinistische Linke nennt und 18 Mittelglied zählt, aufgetan, und 56 Abgeordnete haben sich noch seiner Gruppe angeschlossen. Das Parteibild der fran-

jöschen Kammer hat sich also noch weiter kompliziert. Bemerkenswert ist jedoch, daß das Kräfteverhältnis zwischen Rechts und Links in der neuen Kammer, verglichen mit dem der alten, keine wesentliche Änderung zeigt. Hat doch z. B. die Republikanisch-Demokratische Vereinigung, nach ihrem Führer auch Gruppe Marin genannt, die man als große nationalistisch-konservative Partei bezeichnen kann und die die rechte Flügelgruppe des alten Nationalbonds darstellte, in der neuen Kammer 103 Mitglieder gegen 104 in der alten, während sie unmittelbar nach der Wahl gewählt hatte, auf 150 Mitglieder rechnen zu können.

Bei den schwankenden Gruppierungen und der großen Anzahl neuer Abgeordneter, die politisch unbeschriebene Blätter darstellen, ist das Ergebnis der ersten Abtönungen der neuen Kammer von Wichtigkeit. Sie fanden bei der Wahl des Kammerpräsidenten, der Vizepräsidenten und des sonstigen Personals des Kammerpräsidiums statt. Der Präsident der alten Kammer war der sozialistische Abgeordnete Fernand Bouillon, nicht zu verwechseln mit dem bekannten Professor und Pazifisten Ferdinand Bouillon. Als Sozialist und Gegner der „nationalen Einigung“, der von Poincaré im Sommer 1926 zur Rettung des Franz gebildeten Regierungskoalition, ist er der Rechte trotz seiner vortrefflichen Qualitäten als Felder der Kammer ein Dorn im Auge, und sie stellte ihm den obengenannten Franklin Bouillon als Gegenkandidaten gegenüber. Bouillon wurde jedoch mit 527 gegen 242 für Franklin Bouillon abgegebene Stimmen wiedergewählt und ebenso beinahe das ganze früher, der linken angehörige Personal des Kammerpräsidiums. Das schon öfter todesartige Einverständnis, jene Gruppe von Fraktionen und Parteien, die in den Wahlen von 1924 die Mehrheit gewann, hat sich also bei der Wahl des Kammerpräsidiums spontan wieder zusammengefunden, und es zeigte sich dabei, daß das Mehrheitsbild der Kammer, was die beiden großen bürgerlichen und allein wirklich realen Strömungen des innerpolitischen Lebens Frankreichs angeht, in der neuen Kammer so ziemlich das gleiche ist wie in der alten, die das Ergebnis ausgeprägter Einkreisen gewesen war.

Die gegenwärtige Regierungskoalition, die der nationalen Einigkeit, überhöht die beiden großen, bürgerlichen Tendenzen, da sie außer einer Anzahl von Gruppen, die die Rechte und die Mitte der Kammer ausmachen, auch die Kerntruppe der bürgerlichen Linken, nämlich die Radikalen, umfaßt. Sie ist demnach sehr heterogen, nur entstanden unter der Drohung der Währungskrise im Sommer 1926 und zusammengesetzt aus der überlegenen Mehrheit von Energie Poincarés und der Gefahr der überaus milden Erneuerung der Währungskrise. Man kann sagen, daß Poincaré beinahe zwei Jahre lang mit der Peitsche der Währungsfrage die heterogene und oft widersprechende Regierungskoalition der nationalen Einigkeit gezwungen hat, ihm zu folgen. Die Frage ist, wie lange ihm das noch gelingen wird. Alles drängt auf eine baldige gescheite Stabilisierung des Franz. Die französische Regierung ist dazu ohne fremde Hilfe in der Lage, und es kann heute nicht mehr zweifelhaft sein, daß sie nicht daran denkt, den Franz, wie viele Interessenten wünschen, noch weiter zu reorganisieren, sondern, daß sie ihn auf den Kurs, auf dem er seit reichlich 1½ Jahren de facto stabilisiert ist, nämlich auf etwa 16 des Goldwerts glücklich stabilisieren will, und zwar in allerhöchster Zeit. Dann wird Poincaré mit der Peitsche der Währungsfrage seine Autorität nicht mehr normwärts zwingen können, und die Frage ist, ob er ein Regierungsprogramm hat, womit er das vermag.

Die Regierungserklärung, mit der er vor die neue Kammer getreten ist, ist sehr langatmig, präsenhaft und wenig präzise und hat weder in der Kammer noch im Senat viel Beifall gefunden und ebensowenig in der französischen Presse. Man hätte annehmen sollen, daß die Kammer, die angeblich für oder gegen Poincaré gewählt worden war, Poincaré eine große Ovation bringen würde; das ist keineswegs geschehen. Der Beifall war dünn und so heterogen wie die Koalition, auf die die Regierung sich stützt. Wenn daraus in einigen Erklärungen von guten Beobachtern der Schluß gezogen wurde, die Position Poincarés sei wesentlich schwächer, als man hätte glauben sollen, so trifft das das Richtige. Daß Durchführung der gesagten Stabilisierung kann die Regierungskoalition der nationalen Einigkeit jeden Log auseinanderbrechen und die Regierung Poincaré säuligen. Diese Schlussfolgerung muß man aus den ersten Sitzungstagen der neuen französischen Kammer ziehen.

Es ist vielfach bemerkt worden, daß die Regierungserklärung Poincarés den Gedanken der Derhängung, des Friedens und der Differenzlösung ausführlich und mit einer bei Poincaré wenig gewohnten Wärme zum Ausdruck brachte. Man hat darin die Hand Strands zu verspüren geglaubt. Aus dem, was hier über die politische Struktur der neuen französischen Kammer gesagt wurde, findet dieser Passus von Poincarés Erklärung ihren innerpolitischen Sinn: Die Kammer hat eine Einkreisung und die Linken ist für die Derhängung mit Deutschland, diese Tendenz ist sogar im Zusammenhange Poincaré, der einer der geschicktesten Taktiker des französischen Parlamentes ist, weiß das und hat das im außerpolitischen Teil seiner Regierungserklärung entsprechend estompiert.

Die große und entscheidende Frage für die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ist nun freilich, in welcher Weise sich der Verhandlungswille der französischen Kammer in Taten auswirken wird.

Die 50. Tagung des Völkerbundesrates.

Der Völkerbundsrat hat Anfang dieses Monats seine 50. Tagung abgehalten, die infolge der Zurückwesenheit der Außenminister Frankreichs und so ziemlich des gesamten Zuzustandes in der Weltöffentlichkeit und besonders in Deutschland gefanden hat, als dies sonst der Fall zu sein pflegt. Die Tagung war jedoch keineswegs unwichtig, weder vom allgemeinen noch erst recht vom deutschen Standpunkt aus gesehen. Denn es fanden auf der Tagesordnung eine Anzahl Fragen, die wichtige deutsche Interessen direkt oder indirekt angingen.

Da war zunächst die St.-Gotthard-Fähre, die Frage jener an der österreichisch-ungarischen Grenze aufgehaltene heimlichen Maschinenverbringung. Sie wurde von der Kleinen Entente und Frankreich gewaltig aufgebauscht, und es wurde versucht, aus ihr eine Verschärfung des Inzestationsverfahrens heraus zu entwickeln bzw. die Befugnisse des Kaispräsidenten zu erhöhen. All diese Bestrebungen sind so jämlich erfolglos geblieben. Ungarn bekam einen schänden Dornis. Durch die vom Rat in dieser Frage angenommene Resolution wurde festgelegt, daß das Inzestationsrecht, wie es nach den Friedensverträgen und den verschiedenen Völkerbundspartikeln besteht, unverändert bleibt. Die Bestimmungen, das Ausnahmefontrollrecht des Völkerbundes zuzunehmen der im Weltkrieg Unterlegenen hat also keine Verschärfung erfahren.

Der ungarische Optantenreiz ist nur formal erledigt worden, hat materiell aber keinerlei Förderung erfahren. Der Völkerbundsrat, der eine Lösung nicht finden konnte, hat die Frage einfach von seinem Verhandlungstisch weg und das Suchen nach einer Lösung den beiden freitenden Parteien zugeschoben. Das einzige, was noch seinen des Völkerbundsrats als Einwirkung auf die freitenden Parteien übrig bleibt, ist ein gewisser moralischer Druck, sich zu einigen, vom dem man sich jedoch nicht allzuviel versprechen darf. Man kann hier schwerlich von etwas anderem als von einem Derfragen des Völkerbundes sprechen, dem es eben, wenn es nicht gelingt, am Verhandlungstisch eine Einigung zu erzielen, an Mitteln zur Durchsetzung seines Willens fehlt, besonders wenn mit dem zweifellos im Unrecht befindlichen Teil, in diesem Falle Rumänien, eine Großmacht vom dem Gewicht Frankreichs verhandelt ist. Abhilfes ist von dem litauisch-polnischen Konflikt zu sagen, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Kräfteverteilung für das kleine Litauen sehr viel ungünstiger gewesen ist. Die Präzision des Rates auf Litauen war denn auch außerordentlich stark. Entschieden wurde nichts, und allem Anschein nach wird der litauisch-polnische Gegensatz den Völkerbundsrat bei seiner nächsten Sitzung wiederum befallen.

Die letzte und für Deutschland vielleicht unmittelbar wichtigste Frage war die der Minderheiten, die ja, da sein Volk der Welt so zahlreiche Minderheiten seines Stammes und seiner Kultur außerhalb seiner Grenzen wohnt hat wie das deutsche, überhaupt zu den wichtigsten deutschen Problemen gehört. Diesmal handelte es sich um die oberösterreichischen Minderheitsfragen und eine Anzahl anderer oberösterreichischer Beschwerdepunkte. Der Völkerbundsrat hat sich dem Urteil des Haager Schiedsgerichts im wesentlichen angeschlossen und die Ergebnisse kann man als einigermaßen befriedigend vom deutschen Standpunkt aus betrachten. Der deutsche Vertreter am Ratstisch mußte allerdings gegenüber Joen über das Minderheitenrecht, die dieses Recht zu negieren versuchten, energisch Stellung nehmen.

Die 3. Tagung des Sicherheitskomitees in Genf.

Der Präsident des Sicherheitskomitees, der tschechoslowakische Außenminister Beneš, hat das Komitee zu seiner 3. Tagung auf Mittwoch, den 27. Juni, nach Genf einberufen. Das Komitee, das bekanntlich auf Grund einer Resolution der letzten Völkerbundsvollversammlung im September d. J. aus der vorbereitenden Abklärungskommission konstituiert wurde, seine konstituierende Derfassung Anfang Dezember letzten Jahres und seine zweite Sitzung vom 20. Februar bis 7. März d. J. in Genf abgehalten hat, hat die Aufgabe, die Sicherheitsfrage parallel zu den Arbeiten der vorbereitenden Abklärungskommission zu behandeln. Die Tagesordnung der dritten Sitzung enthält folgende vier Punkte:

1. Zweite Lesung der in der letzten Sitzung des Komitees ausgearbeiteten Modellverträge.
2. Studium der deutschen Vorschläge über Kriegsverhinderung.
3. Studium der Modelle für zweifelhafte Derträge.
4. Fortsetzung des Studiums gewisser Artikel des Völkerbundspartikels.

Davon ist Punkt 2 nicht nur für uns der wichtigste Punkt. Die deutsche Regierung hatte bekanntlich zur 2. Sitzung des Komitees gewisse Vorschläge über die Frage des Ausbaus von Verfahren zur Vermeidung kriegerischer Konflikte in Krisenzeiten vorgelegt. Das

Komitee hat dafür einen Berichterstatter in der Person des beliebtesten Mannes Italiens, des Ministerpräsidenten Mussolini, ernannt, und dieser hat in einem ausführlichen, geläufigen und objektiven Bericht die Vorgehensweise und die Schwierigkeiten der deutschen Vorklässe um die Möglichkeit ihrer Verwirklichung durchgesprochen. Dieser Bericht wird die Grundlage für eine sehr wichtigen Verhandlung über Punkt 2 der Tagesordnung bilden. Hoffentlich wird es gelingen, dabei im Sinne der deutschen Vorklässe ein Verfahren zu entwickeln und international zur Annahme zu bringen, das eine weitere Garantie nicht nur der europäischen Sicherheit darstellen wird und das mit dazu führen wird, auch auf dem Gebiete der Abrüstung endlich den von Deutschland so oft und nachdrücklich geforderten ersten Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung zu tun.

Mussolinis Rede im Senat.

Die Rede, die Mussolini am 5. d. M. im römischen Senat hielt, hat in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt. Seit zwei Jahren hatte der italienische Ministerpräsident sich zur äußeren Politik seines Landes nicht geäußert. Es lag Stoff genug vor, um in einer groß angelegten Rede die sämtlichen außenpolitischen Beziehungen Italiens und die aus ihnen sich ergebenden folgerungen zu analysieren, denn in den ablaufenden zwei Jahren hat die italienische Außenpolitik außerordentlich aktiv in der Aufrechterhaltung der italienischen Weltstellung und bei Anerkennung Italiens als Weltmacht gearbeitet. Daran gingen bereits die 134 internationalen Verträge und Verträge, die Italien seit 1926 abgeschlossen hat bzw. denen es beigetreten ist. Mit den unbestreitbaren außenpolitischen Erfolgen ist der Faschismus nach seiner systematischen Konsolidierung im Innern in einen Zustand der Sättigung eingetreten, der es dem italienischen Ministerpräsidenten ermöglichte, im Geegensatz zu seiner früheren Felsenfestigkeit, mit faaktmässiger Gelassenheit und magistraler Mäßigkeit über Italiens Stellung in der Welt zu sprechen.

Im ersten Teil seiner zweistündigen Rede gibt Mussolini einen Überblick über die Beziehungen, die Italien mit den Ländern der Welt verbinden. Er fängt bei Japan an und hört bei Albanien auf. Bei jeder Weltreise interessieren uns vornehmlich die Beziehungen auch die Länder, die er nicht berührt hat. Es sind dies Rumänien, die Tschechoslowakei, Portugal, Marokko, Belgien, die Niederlande und die drei skandinavischen Länder. Jeder anderen Nation der Welt wird dagegen ein Zeugnis erteilt, sogar Siam und der Yemen werden behandelt. Ganz besonders herzlich werden die Beziehungen zu folgenden Ländern genannt: England, Ungarn, Schweiz, Spanien. Mussolini stellt fest, daß zwischen Deutschland und Italien zwar ebenfalls herzhafte Beziehungen bestehen, daß aber noch Nebel zu zerstreuen seien, die sich aus der Einmischung unerantwortlicher deutscher Kreise in innerpolitische italienische Fragen gebildet hätten. Hiermit ist naturgemäß die Anteilnahme weiterer deutscher Kreise an dem Schicksal Süd-Tirols gemeint. Auch Mussolini dürfte es nicht verbergen sein, daß es ganz gewiß nicht anverantwortliche Kreise sind, die sich in Deutschland für eine Befreiung des Kofes der Süd-Tiroler einsetzen, doch ist die Wahl seiner Worte immerhin als großer Fortschritt gegen den sonst so ihm beliebten Ton zu werten.

Zu Österreich unterhält Italien diplomatisch korrekte Beziehungen. Es läge an Österreich, sie herzlicher zu gestalten.

Ausdrücklich wird folgendes festgehalten:

1. daß die Anwendbarkeit Jalefins in Rom nicht zu Besprechungen über einen politischen Vertrag geführt habe,
2. daß Italien „ein tiefes Interesse daran habe, den Kanton Tessin als integralen Bestandteil der Schweiz erhalten zu sehen“
3. daß die Beziehungen zu Frankreich sich erheblich gebessert hätten.

Gegenüber Jugoslawien stellt es nicht an Ermahnungen. Es ist Mussolinis Überzeugung, daß laue Beziehungen zwischen Grenz-nachbarn keine Erfüllbarkeit haben, sie müssen vielmehr ausgeprägt sein: entweder freundlich oder feindlich. Jugoslawien hat die Wahl.

Der Kellogg-Pakt wird in der Rede überhaupt nicht erwähnt, obwohl Mussolini bei Darstellung der italienisch-amerikanischen Beziehungen ausführlich über die Washingtoner Abrüstungskonferenz, das italienisch-amerikanische Schuldensündnerungs- und Schiedsgerichtsabkommen und die Auswanderung spricht.

Von erheblich größerem Interesse ist der zweite, allgemeine Teil der Rede. Mussolini gibt hier Anregungen, die zur Lösung der wichtigsten politischen Probleme der Nachkriegszeit beitragen können, wenn auch nicht zu erwarten ist, daß der Anstoß hierzu nennenswert von Italien ausgehen wird.

Internationale Verträge bezeichnet Mussolini als Menschenwerk, das nicht vollendet, sondern veresserungsfähig sei. Auch das Statut des Völkerverbundes sehe die Revision unanwendbar gewordener Verträge vor. Schwere Komplikationen können vermieden werden, wenn durch Revision der Friedensverträge, wo sie einer Revision bedürfen, dem Frieden neuer Spielraum gegeben wird. In diesem Sinne sei

die italienische Politik passivisch, doch könne man sich nicht wundern, wenn Italien die Wehrmacht beibehalte, die für seine Existenz und seine Zukunft nötig sei.

Diese Grundgedanken dürften durch die Sympathien Italiens für das verarmte Ungarn eingeebnet sein. Ob Mussolini bereit ist, seine These auch auf andere Grenzen als die ungarischen auszubehnen und anzuwenden, bleibt unerörtert.

Mussolini erkennt die Revisionsbedürftigkeit des Dawesplanes an. Dem Frieden und der Weltwirtschaft würde gebiet, wenn hinter das Gesichtskapitel, welches „Reparationen“ übergeschrieben ist, das Wort „Ende“ gesetzt würde. Für Italien allerdings ist der Grund-satz von der Restlosigkeit der italienischen Kriegsschulden mit den deutschen Reparationszahlungen unvereinbar verbindlich.

Mussolini behandelt ausführlich das Abrüstungsproblem und seine Geschichte. Die Verhandlungen seien bereits zweimal auf einen tötten Punkt angelangt, es müßte jedoch etwas Positives erreicht werden, schon um den weltweiten Grundhaß bekämpfen zu können, der auf dem Dilemma beruhe: Entweder die Mächte rüsten auf Grund der Verpflichtung des Friedensvertrages ab, oder aber Deutschland muß ermächtigt werden, sich zu bewaffnen. Deshalb sei Italien „a priori“ bereit, als Grenze seiner Bewaffnung beliebige Zahlen, auch die niedrigsten, anzunehmen, vorausgesetzt, daß sie von keiner anderen europäischen Kontinentalmacht übertroffen werden, doch müsse hierbei eine auswärtige Kontrolle ausgeschlossen sein.

Im Schluß seiner Rede bezeichnet Mussolini die Mitarbeit Italiens im Völkerverbund als aufrichtig und eifrig und befreit die Entwertung des italienischen auswärtigen Dienstes und die Fürsorge für die Auslandsitaliener unter dem faschistischen Regime.

Wenige Tage vor dieser großen Rede ist am 30. Mai in Rom, wie bereits in unserer letzten Nummer angekündigt, der italienisch-türkische Neutralitätsvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag verpflichtet beide Parteien:

1. sich an keinem gegen den anderen Teil gerichteten Bündnis oder Vertragssystem zu beteiligen,
2. im Falle eines Angriffs auf die andere Partei Neutralität zu beobachten,
3. Streitfragen durch ein Vergleichs- bzw. Schiedsgerichts-verfahren zu lösen.

Außerdem dürfe sich Italien Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung Anatoliens geübt haben.

Wenn man bedenkt, daß die Türkei dort noch nicht allzu langer Zeit ernstlich daran dachte, aus dem Gefühl der Verobrohung durch Italien heraus ein Desfinitivbündnis mit Jugoslawien zu schließen, so liegt in der jetzigen vollkommenen Frontwendung der Türkei ein unbestreitbarer Erfolg der italienischen Außenpolitik. Es ist vielleicht übertrieben, von einem Band der Diktatoren in Europa zu sprechen, aber die Identität der staatlichen Einrichtungen, wie sie zur Zeit in Italien und der Türkei bestehen, dürfte nicht ohne Einfluss auf die Annäherung der beiden Länder gewesen sein.

Seipel über den Anschluß.

Vor einigen Tagen hat ein Journalist mit dem Bundeskanzler Seipel ein politisches Gespräch gehabt, in dessen Verlauf die Rede auch auf die Zukunft Österreichs und seine Beziehungen zu Deutschland gekommen ist. Dabei hat Seipel Äußerungen getan, die, wenn sie wirklich gemacht worden sind, wohl Anspruch auf größere Beachtung verdienen. Er hat u. a. gesagt, daß man heute noch nicht voraussehen könne, wie sich die zentraleuropäischen Verhältnisse endgültig gestalten werden. Entscheidend aber sei, daß wir uns auf dem Weg zur Schaffung größerer Einheiten befinden. Ebenjensowenig könne die Notwendigkeit bezweifelt werden, daß Österreich in eine derartig größere Einheit einbezogen werden müsse. Denn es sei klar, daß Österreich auf die Dauer seine sogenannte Selbständigkeit nicht werde aufrechterhalten können. Heute allerdings sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen, zu entscheiden, welches die endgültige Lösung sei. Auf die Frage des Journalisten, wie Seipel sich denn zum Anschluß stelle, antwortete dieser: Heute schon wird mir mit Deutschland in einem viel höheren als dem rein faatsrechtlichen Sinne verbunden. Ausdruckslos verbunden. Jergendeine Kombination, die Deutschland ausschließt, kommt für uns in alle Zukunft nicht in Frage. Aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen und tausend anderen Gründen. Der Kreis der Möglichkeiten, die dann noch übrigbleiben, ist allerdings ein viel größerer, als es auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Wir denken diese Probleme durch, wenn es auch zu irgendeiner Aktion noch viel zu früh ist.

Diese Äußerungen des Bundeskanzlers scheinen uns in doppelter Hinsicht bemerkenswert zu sein. Erstens ist es, wenn wir gut unterrichtet sind, das erstmalig, daß Seipel selbst an die „sogenannte“ Selbständigkeit Österreichs nicht glaubt, und zweitens das erstmalig, daß es öffentlich in so bestimmter Form ein Zerkommen zum großdeutschen Gedanken ablegt. Skeptiker, denen es dem österreichischen Bundeskanzler gegenüber lieber, und sicherlich mit Unrecht, viele gesagt, werden allerdings auch hier sagen können, daß er mit den schönen Worten nur geschickt seine Stellungnahme zum Anschluß vermindern

habe beziehungsweise den Anstoß durch irgendeine mythische Kombination erfassen zu wollen. Und es ist ja auch nicht bestritten, gibt er es ja selbst zu, daß er sich über das enghäufige Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reich selbst noch keine Klarheit verschafft hat und daß er demnach auch den Anstoß in der Söme, wie sie heute aus der Gesamtordnung fließt, allem Anschein nach nicht als die allein mögliche Lösung ansieht. Aber außer allem Zweifel fließt, daß auch Seipel sich die Zukunft Österreichs abseits von Deutschland nicht vorstellen kann und daß auch für ihn die Schicksalsgemeinschaft zwischen Österreich und Deutschland in alle Zukunft eine unabänderliche Tatsache ist. Jedenfalls wird man den Erklärungen des Bundeskanzlers eine große Bedeutung nicht abpredigen können, zumal sie in einer Zeit gemacht worden sind, in der immer wieder Gerüchte von irgendwelchen Begehren zur Schaffung einer mitteleuropäischen Zollunion oder einer Donaueinfahrung ohne Deutschland aufstachen. Sie werden sicherlich zur Klärung der Verhältnisse wesentlich beitragen. —

Das Exposé Dr. Benesch's.

Im außenpolitischen Ausfluß des Langer Abgeordnetenbaues ergriffen Dr. Benesch am 6. Juni einen längeren Bericht über die Außenpolitik, worin er sowohl die allgemeinen aktuellen Probleme als auch die Fragen eingehend behandelte, die die Tschechoslowakei besonders angehen. Seine Ausführungen waren von einem starken Selbstbewußtsein getragen, wie es deren Benesch nun einmal ist, so daß man den Eindruck gewinnen konnte, daß seine Stellung, die in der letzten Zeit in Prag wiederholt als erfüllt betrachtet worden war, sich wieder befestigt habe. Auch sein helles Bemühen, auch nur den Schein zu meiden, als ob er in der Führung der Außenpolitik nicht völlig frei und unbeeinträchtigt sei, kann nicht darüber hinwegtäuschen, wie er sich überall bei seiner Stellungnahme zu den einzelnen Problemen aus der französischen Rätekommission die Argumente holt. Auch in dieser Rede ist noch immer die „Solidarität der Sieger“ zu spüren. So beurteilt er die Arbeiten des Sicherheitsausschusses mit großer Zuversicht, und wenn er es auch nicht direkt sagt, so spürt man es, einen wie großen Anteil an dem angehenden Erfolg er für sich als dem Präsidenten des Ausschusses in Anspruch nimmt. Demgegenüber ist sein Urteil über die Verhandlungen der vorbereitenden Arbeit in Paris weniger sehr pessimistisch. Besonders stark französisch pointiert ist seine Fassung dem Kellogg-Pakt gegenüber. Hier macht er sich alle die bekannten französischen Vorbehalte zu eigen und glaubt, daß er schließlich nach Überwindung noch bestehender Schwierigkeiten unter diesen Voraussetzungen zustande kommen wird. Aber auch dann würde er niemals, wie er ausdrücklich betont, auf „andere Sicherheitsgarantien und die eigenen Abwehrmittel“ verzichten. Mit anderen Worten: Regionaleträge und Rüstung bleiben dadurch unberührt. Man muß sich, daß sich in der Äußerung kein allzu großes Vertrauen zu dem Kriegsgeschäftsamt dokumentiert.

Interessant ist die Art, wie Benesch über den Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien hinwegrührt. Er glaubt, daß dieser sich seiner Lösung nähert. Wie er sich die Lösung denkt, verwechselt er; aber in vorichtiger Weise verteilt er sein Lob und seine Anerkennung nach beiden Seiten, um ja nicht hier oder dort anzukommen. Man wird ihm immerhin zustimmen können, wenn er eine freigelegte Auseinandersetzung zwischen den beiden Gegnern für ausgeschlossen hält; denn die Großmächte haben alles Interesse daran, einen Ausbruch des Konfliktes zu verhindern, und Jugoslawien und Italien sind beide nicht ganz frei in ihren enghäufigen Entscheidungslagen.

In sehr scharfer Weise legt sich der tschechoslowakische Außenminister mit der ungarischen Reaktionsbewegung auseinander. Man mag darüber denken, wie man will, sicher ist jedoch, daß die ungarische Propaganda zur Revision des Friedensvertrags von Trianon in der Tschechoslowakei eine ziemlich unerbittliche Stimmung erregt hat. Die Erklärungen des Herrn Benesch verfolgten nun offensichtlich den Zweck, die entstandene Unruhe zu dämmen. Daß er dieser Bewegung keinen Erfolg verspricht, hat niemand anders erwartet. Ebenso selbstverständlich ist, daß er sich hierbei auf die Überwindung der Kleinen Entente berufen kann, wie er übrigens wiederholt während seiner Ausführungen während der Zusammenarbeit der Kleinen Entente erwähnt. Man wird sich nicht fragen, wenn er zu der selbstbewußten Erklärung über die ungarische Reaktionsbewegung aus Paris und London Versicherungen Mut geschöpft hat.

Zum Schluß seines Exposés kommt Benesch auf seinen Besuch in Paris, Brüssel, London und Berlin zu sprechen. Überall hat er die besten Eindrücke bekommen. Für uns ist am bemerkenswertesten, was er über seinen Berliner Besuch erzählt. Unter besonderer Betonung der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern „stellt er ganz erst, daß all seine Unterredungen von aufrichtigstem Geist und von wahrhaft freundschaftlichen Intentionen geleitet waren“. In Berlin habe er auch Gelegenheit gehabt, die bisherige zentraleuropäische Politik der Tschechoslowakei genauest darzulegen, sowohl in rein politischem wie in

wirtschaftlichem Sinn. Er habe betont, daß sie auf dem politischen Status quo und auf der strikten und entschiedenen Aufrechterhaltung und Wahrung des Friedens beruhe. Diese Erklärungen hat er dann in der Aussprache noch dahin ergänzt, daß die Tschechoslowakei unter dieser Voraussetzung zu jeder wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit sei, wenn ihre wirtschaftliche Souveränität dabei unberührt bleibe. Er sei daher für seine Resolution noch auch für eine Donaueinfahrung und ebenso nicht für etwas Ähnliches. Andererseits habe er schon wiederholt betont, daß er in Zentraluropa für die Politik im Sinne der Generellen Wirtschaftskonferenz sei. Es wird uns sein, sich diese Festlegung der tschechoslowakischen Politik mit Bezug auf die immer wieder aufstachelnden Gerüchte von zentraleuropäischen Plänen Benesch für die Zukunft zu merken. Von seinem Berliner Besuch verpricht er sich übrigens sehr viel, sowohl für seinen Staat als auch für den Frieden Europas überhaupt. Wenn dem wirklich so ist, so muß man sich fragen, warum er denn nicht schon früher seinem Vaterland und Europa diesen Dienst erwiesen hat.

Das ganze Exposé Benesch's ist beherzt von dem Glauben, daß sich die Verhältnisse in Europa trotz verändlicher Spannungen und mancherlei Gegenströmungen immer mehr konsolidieren und daß der Friede Europas nicht gefährdet ist. Der deutsche Sozialdemokrat Dr. Cech hat dem Minister in der Debatte den Vorwurf gemacht, daß er die Lage zu optimistisch ansehe. Benesch selbst hat sich zu dem Optimismus bekannt, weil er ihn für durchaus berechtigt halte. Und man wird ihm ohne weiteres zustimmen müssen, daß auch er als tschechoslowakischer Außenminister eine gute Portion Optimismus nötig hat, wenn er sein schließlich nicht ganz einfaches Amt einigermaßen gut verwalten will.

Zur Lage in China.

Unter dem Druck der südchinesischen Heere sah Chang-Tso-Kin in der letzten Woche den Entschluß, Peking und die Provinz Chihli zu räumen und sich in die Mandchurei zurückzuziehen. Die friedliche Abwicklung der Räumung fandte er durch Verhandlungen mit seinen Gegnern zu sichern, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Peking wurde ein Komitee von Notabeln eingesetzt. Am 2. Juni verließ Chang-Tso-Kin selbst die Stadt. Kurz vor dem Eintreffen des Eisenbahnguges in Mukden wurde an der Kreuzung der Peking-Mukden-Bahn mit der südmandchurischen Bahn ein Bombenattentat auf den Zug verübt, durch das Chang-Tso-Kin schwer erkrankt wurde. Die Kerntuppen Chang-Tso-Kin's dürften in der Mandchurei eingetroffen sein oder sich auf dem Marsche dorthin befinden. Die Truppen Chang-Lo-Chang und Sun-Chuan-fang sollen nicht in die Mandchurei verlegt werden. Sie stehen in der Umgebung von Tientsin; Verhandlungen über ihre Übernahme durch die Kantingregierung sind im Gange. Die Hauptmacht Den-Hsi-Shan's steht im Westen und Südwesten von Peking. Teile dieser Truppen besetzen nach dem Abzug Chang-Tso-Kin's Peking. Die Hauptmacht Feng-Hsi-Hsiang's steht vor Tientsin auf dem Süderufer des Peiho. In den letzten Tagen sollen zwischen diesen Truppen und den auf dem Nordufer stehenden Nordtruppen Gesichtsverhandlungen stattgefunden haben. Ein kleiner Teil der Truppen Feng-Hsi-Hsiang's steht südlich Peking. Die Besetzung Peking's durch Den-Hsi-Shan hat sich in Ruhe und Ordnung vollzogen. Das Gesandtschaftsviertel ist durch ausländische Truppen gesichert. Auch Tientsin wird durch ausländische Truppen gesichert, die sich auf rund 15 000 Mann, darunter 5000 Japaner und 4000 Amerikaner befragen.

Durch diese Ereignisse ist wieder eine neue Lage geschaffen worden, deren Entwicklung sich schon übersehen läßt. Eine wichtige Frage ist dabei, ob Chang-Lo-Chang wieder heraufsteigen wird, oder ob im Falle seines Ausweichens eine Persönlichkeit vorhanden ist, die seine Politik fortsetzt. Eine andere wichtige Frage ist es, ob mit der militärischen Besetzung Peking's und der Provinz Chihli auch der Einfluß der Völkerverwaltung entsprechend erweitert werden wird. Verschiedene Anzeichen sprechen dagegen. Nach den letzten Nachrichten hat sich das schon immer gespannte Verhältnis unter den drei Generälen der Südmaree Chang-Kai-Shei, Feng-Hsi-Hsiang und Den-Hsi-Shan verschärft. Es wird behauptet, daß Feng und Den sich früher dahin geeinigt hätten, daß Feng Schantung und Den Chihli mit Peking und Tientsin erhalten sollte, daß die Ansammlung der Truppen Feng's vor Tientsin in Peking jedoch hiermit im Widerspruch liehe und Den verstimmt habe. Besonders erregt ferner die Nachricht, daß Chiang-Kai-Shei von seinem Posten zurückgetreten sei. Offiziell begründet hat Chiang diesen Schritt angeblich damit, daß mit der Einnahme Peking's das Ziel der Nationalisten erreicht sei; der wahre Grund soll aber darin liegen, daß Chiang der Rivalität Feng's und Geng's nachlos gegenübersteht. Als mächtigster Mann der Südmaree ist Feng zu betrachten. Unter diesen Umständen besteht die Möglichkeit, daß die Besetzung der Nordprovinzen durch die Südmaree wiederum in eine Herrschaft der Generale ausarten und die Einigung von Nord und Süd wiederum vereitelt wird.

Die Haltung der Großmächte ist eine abwartende. Man beschränkt sich auf den Schutz von Leben und Eigentum der Staats-

angehörigen in den Hauptkategorien. Von ersteren Zwischensfällen ist neuerdings nicht die Rede gewesen. Auch in der Mandatsurteil hat sich bisher nichts ereignet, das die japanische Regierung hätte veranlassen können, auf Grund ihrer letzten amtlichen Erklärung besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens zu ergreifen.

Die Verschleppung der Saargefrage.

Eine kurze Zeitspanne durfte das Saargebiet sich in dem Glauben wiegen, daß es Frankreich mit der Rückgabe des Saargebietes erfüllt sei. Schon fast man das heißersehnte Ziel der Wiedervereinigung mit dem Reich in greifbarer Nähe vor sich, sprach von einer Frist von ein bis zwei Jahren, bis der unnatürlichen Abtrennung ein Ende gemacht sei. Es blieb bei schönen Versprechungen und hochtönenden Worten Frankreichs. Mit wachsender Bitternis sah die Saarbevölkerung Frankreichs Abkehr vom Versöhnungsgebanken und die Rückkehr des Nationalismus. Die französischen Kammerwahlen vom April 1928 bedeuteten den Schlußstein unter eine Periode der herbsten Enttäuschung. Das Saargebiet weiß jetzt, woran es ist. Es klagt nicht, es verzagt nicht. Mit ungeborenen Mut schreit es sich an, den aufzugehenden Abwehrkampf fortzuführen bis zum glücklichen Ende. Nicht schwere Jahre sind durchgekämpft, sieben weitere Jahre gilt es durchzuhalten, bis endlich, endlich das Jahr 1935 die Befreiung bringt. Überall sehen wir den unbewagten Willen, im Kampfe um die Heimat auszuhalten um jeden Preis und alle erittene Unbill Frankreich im Jahre 1935 mit einer vernichtenden Abwimmungsniederlage heimzuführen. Ein hundertprozentiges Plebiszit für Deutschland muß dann die letzte Erinnerung an das unglückliche Gebilde „Saargebiet“ sein. Ganz wahr, der Heroismus der Kleinen, tapferen Saarbevölkerung erweist einen immer wieder mit Bewunderung. Ob man sich im Reich immer der Opfer bewußt ist, die an der Saar für den deutschen Gedanken gebracht werden? Mehr denn je tut man, daß das ganze deutsche Volk die Saarländer moralisch und materiell mit allen Kräften unterstützt.

Bereiten Ausdrück haben die Gefühle und Stimmungen der Saarbevölkerung in der dieser Tage festgesetzten ersten Sitzung des neuen Landestages gefunden. Einmal mehr hat das Saarparlament seine Stimme erhoben, um vor aller Welt ein feierliches Zeugnis abzugeben. Die Vertreter aller Parteien, alte und neue Abgeordnete, erklärten einstimmig als oberstes Ziel ihrer Arbeit die Rückkehr des Saargebietes zum Reich. „Die Saarländer fühlen keinen anderen Wunsch“, so rief unter dem Beifall des Hauses der Abg. Kenner aus, einer der Dorkämpfer der Saardelegationen in Genf, „als auf ewig ungetrennt mit dem deutschen Volk und Reich zu leben“. Einmal mehr wurde auch das Glas der Dölkverbundspolizei an der Saar — ein sozialdemokratischer Redner nannte das Saargebiet mit Recht das Kuhbundsobjekt unter den Dölkverbundsmächten — und die in ihrem Befolge einmütigere wirtschaftliche Vereinigung des Saargebietes festgehalten. Der Abg. Schmelzer gab die Versicherung an, man werde nicht ruhen und rasen, bis das auf Zug und Trug aufgebaute Saargebilde — man denke an die Mär von den 150 000 Saarfranzosen — zerfällt ist. Allen fraktionsredner war die Parole gemeinsam: Zurück zum Reich! Und bis dahin Altmeyer als dessen, was die Wiedervereinigung zu hinterreiben laßt. Das war zugleich eine unmissverständliche Antwort an die Adresse Frankreichs.

Der Kampf um die deutsche Saar geht also weiter. Aber nicht nur zeitlich ist die Saargefrage verdrängt, auch das Kampffeld selbst hat sich geändert. Mehr und mehr verdrängt Frankreich die Saargefrage vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet. Es entspringt aus wohlbedachter Absicht, Frankreich ist sich bewußt, daß es politisch keinerlei Ansprüche auf das Saargebiet mehr erheben kann, ohne verurteilt zu werden. Allzu deutlich spricht die Sprache der Saarbevölkerung. Um so mehr klammert sich Frankreich an wirtschaftliche Faktoren, die angeblich die Preisgabe des Saargebietes unmöglich machen. Bezeichnenderweise stehen die Saargeuben unter diesen Faktoren nicht an erster Stelle. Das Interesse für die Saargeuben hat erheblich nachgelassen, seitdem Frankreich nicht mehr weiß, wie es seine eigene Kohlenüberproduktion unterbringen soll. Durch fortgesetzte Feierlichkeiten und starke Belegschaftsvereinigungen wird die Saargeproduktion gedrosselt und in die Gruben nichts mehr hineingeführt, sondern nur noch möglichst viel für den Staatsfiskus herausgeholt. Mit dem, was übrigbleibt, mögen die Preußen dann 1935 sehen, was sie damit anfangen. Das Schwergewicht des französischen Interesses konzentriert sich auf die Erhaltung des Saargebietes als französischer Abwärtmarkt. In zahllosen Presseartikeln, sogar besonders aber in dem franco-saarländischen Wirtschaftskongress vom vergangenen Oktober tritt diese Strömung deutlich zutage. Nach der französischen These ist die Saargeuben durch seine Eingliederung in das französische Zollgebiet zu einem Hauptabsatzgebiet der französischen Industrie geworden, auf das diese nicht mehr verzichten kann. Zum Beleg dieser Behauptung wird immer

wieder die phantastische Ziffer von zwei Milliarden Franken — oder sogar darüber — aufgeführt, die angeblich dem Jahresumsatz Frankreichs an der Saar darstellend soll. Im Wirklichkeit ist diese Zahl völlig aus der Luft gegriffen, wobei nur daran erinnert werden braucht, daß seit 1925 eine Zollstatistik, die den französisch-saarländischen Warenaustausch mengenmäßig oder wertmäßig erfasst, nicht mehr existiert. Für das Jahr 1924 ist der Wert der französischen Wareninfuhr ins Saargebiet in der französischen Zollstatistik auf 1,37 Milliarden Fr. veranschlagt. Geht den Fall, daß diese Ziffer richtig wäre — eine Nachprüfung ist nicht möglich —, so ist für heute unbedingt ein Sinken und keinesfalls ein Steigen der Ziffer anzunehmen. Denn zu jener Zeit überschwemmt französische Waren das Saargebiet, während die deutschen Waren durch Zoll- und Zolntariffen — die durch die Marktstabilisierung der europäischen gewaltige Tarifierungswelle in Deutschland machte dem Frankreichsinflationen Saargebiet damals den Bezug deutscher Waren fast zur Unmöglichkeit — abgepreßt wurden. Seitdem haben die Verhältnisse sich umgekehrt. Durch die Saargeabkommen und den deutsch-französischen Handelsvertrag ist der deutsch-saarländische Warenaustausch mehr und mehr in normale Bahnen zurückgeführt, was sich in einem auf fast allen Gebieten sichtbaren Rückgang französischer Fabrikate auswirkt. Deutsche Waren gehen vor französischen, selbst wenn sie durch Zölle verteuert sind, immer den Vorzug, mag es sich um Stoffe oder Möbel, um Hausgerät oder Schmuckwaren handeln. Halten wir uns die Laufsache vor Augen, daß die Ausfuhr aus dem Reich ins Saargebiet von 1926 auf 1927 dem Werte nach um 45 v. H., d. h. fast um die Hälfte, gefallen ist, so kennzeichnet sich auf den ersten Blick die Saargeuben als Entschädigung für die Preisgabe der nachfranzösischen Gebiete erhalten sollte. Mit keinem Worte ist aber davon die Rede, daß das Saargebiet Frankreich als Absatzkolonie angelernt werden sollte. Die Einbeziehung in das französische Zollgebiet erfolgte vielmehr zur „Sicherstellung der Ausbeutung der Gruben“. Frankreich hat also nicht das geringste Recht, außer auf die Saargeuben wirtschaftlich irgendwelchen Anspruch auf das Saargebiet zu erheben, ebensowenig wie politisch. Ertragreich liegt der Kampf um die Saar für Frankreich mehr und mehr zu einem Kampf um den Saarmarkt zu. Wesentlich trägt dazu die Haltung der beiden elsass-lothringischen Departements bei, die alle Hebel in Bewegung setzen, um sich den Saarmarkt zu erhalten. Diesbezügliche Eingaben der dortigen Handelskammer sind an der Tagesordnung. Gern wird dabei auch der Trumpf angegriffen, daß der Austausch von Saarhohe gegen lothringische Mittelländebiete deneinander abhängig mache und dem Saargebiet die Trennung verhängnisvoll sein würde. Diese kaum verheilte Drohung an die minnetverbrauende Saargeindustrie muß ihre Wirkung verheilen, weil sie überflüssig, daß einmal Kohle und Mittelländ im allgemeinen sozifre Güter sind, deren Austausch die Aufrüstung einer Zollschranke nicht im Wege steht und daß andererseits die lothringischen Erzeugnisse selbst das größte Interesse daran haben, sich ihre Großabnehmer an der Saar zu erhalten. Im übrigen genügt es, auf den internationalen Eisenpakt z. B. zu verweisen, der den Austausch von Mittelländ gegen Ruhrkohle vorieht. In das Gebiet der französischen Abtreibungen gehört auch die Behauptung des „Comps“ — der kürzlich in seine Verächterin ins Saargebiet entandene —, daß Frankreich 70—75 v. H. der Saarindustrie in den Händen habe. So hat Frankreich von den vier großen Blüthenwerken der eisenhüttenreichen Industrie Dillingen, Hülberg, Neumünster und Völklingen — die Burbacherhütte als Konzernwerk der luxemburgischen Arbed muß außer Betracht bleiben — mit einem Aktienkapital von insgesamt 107 Millionen Fr. nur 48 Mill. frank etwa in der Hand, von Döllingen überhaupt nicht, von Neumünster 20 v. H.

Durch seine neue Taktik vermag Frankreich die Saargefrage zu verschleppen, aber nicht unzugeben. Im Bezug und noch viel mehr im Abzug bleibt das Saargebiet lebensnotwendig auf das Reich angewiesen.

Dr. Cartellieri.

Die berufliche Gliederung der österreichischen Bevölkerung.

In Österreich hat am 7. 5. 1925 eine Volkszählung, verbunden mit einer Berufszählung, stattgefunden, die zum ersten Male nach dem Kriege die berufliche Gliederung des österreichischen Volkes, soweit es sich nicht bei den neuen Grenzen wohnt, erkennen lassen sollte. Infolge vorzeitiger Einstellung der Volkszählungsfreie mußte jedoch die Auswertung der Ergebnisse dieser Zählung abgebrochen werden.

Aufgearbeitet werden konnten nur die Resultate für Wien, Niederösterreich, Kärnten, Tirol und Vorarlberg, während für die übrigen vier Bundesländer: Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und das Burgenland die Auszählung nicht mehr möglich war. Da aber sowohl in der Vermutung wie in der Wirklichkeit ein starkes Bedürfnis vorliegt, die Berufszählung in ganz Österreich kumulenzulernen — erst die Kenntnis des beruflichen Aufbaues des Volkes ermöglicht eine vernünftige und zielbewußte Wirtschafts- und Sozialpolitik —, so hat das österreichische Bundesamt für Statistik die Berufszählung auch der fehlenden Länder schätzungsweise berechnet. Die Ergebnisse wurden vor kurzem veröffentlicht. Danach erhalten wir von der beruflichen Gliederung der österreichischen Bevölkerung folgenden Bild:

Hauptberuflich Erwerbstätige	3 602 254
Familienangehörige ohne eigenen Hauptberuf	2 205 692
Berufslose	2 444 555

Bei einer Gesamtbevölkerung Österreichs in Höhe von 6,5 Millionen sieszen also rund 55 v. H. im Erwerbsleben.

Da das Bundesamt für Statistik bei der Auswertung der Zählungsergebnisse von 1925 auch die Zahlen von 1910, der letzten Berufszählung in Österreich vor dem Kriege, berücksichtigt hat, so ermöglicht sich dadurch ein Vergleich über die Berufszählung in Österreich vor und nach dem Kriege. Allerdings ist bei diesem Vergleich zu beachten, daß das Burgenland infolge methodischer Verschiedenheiten der ungarischen Volkszählung von 1910 unberücksichtigt bleiben mußte. Wenn wir also vergleichen wollen, wie sich Österreichs Bevölkerung 1910 und 1925 im Wirtschaftsleben verhalten, müssen wir die Ergebnisse ohne das Burgenland betrachten. Wir erhalten dann folgendes Bild:

Es betätigten sich in	von den hauptberuflich Erwerbstätigen		von den Berufszugehörigen	
	1910	1925	1910	1925
Land- u. forstwirtschaft.	58,1 %	58,5 %	29,9 %	28,5 %
Industrie u. Gewerbe	35,0 %	55,9 %	33,4 %	54,0 %
(einschl. Bergbau und Hüttenwesen)				
Handel und Verkehr	14,0 %	15,8 %	14,8 %	16,6 %
(einschl. Gast- u. Schankgewerbe)				
häuslichen Diensten	7,7 %	5,5 %	4,6 %	5,4 %
öffentlichen Diensten und freien Berufen	7,2 %	6,3 %	6,8 %	6,2 %
Berufslose	—	—	10,5 %	11,3 %

Der Vergleich zeigt für das Jahr 1925 bei den Berufsgruppen Land- und forstwirtschaft sowie Industrie und Gewerbe kleine Zunahmen, bei den Gruppen häusliche Dienste und öffentliche Dienste und freie Berufe dagegen eine Abnahme. Ähnlich ist das Bild bei den Berufszugehörigen, nur daß hier auch die Land- und forstwirtschaft eine Abnahme aufwies. Die Abnahme der im häuslichen Dienst Beschäftigten gegenüber 1910 ist eine Folge der Verräumung der bessergestellten Schichten der Bevölkerung. Die Abnahme beim öffentlichen Dienst erklärt sich teils daraus, daß von Wien nach der Auflösung des Kaiserreiches eine Beamtenabwanderung nach den Nachfolgestaaten stattgefunden hat, teils aus dem überaus scharfen Beamtenabbau in Österreich.

Aus der folgenden Tabelle ersehen wir die berufliche Schichtung in Österreich nach dem Kriege unter Einbeziehung des Burgenlandes.

Es waren tätig in	als Haupterwerbstätige	als Berufszugehörige
Land- und forstwirtschaft.	39,9 %	50,0 %
Industrie und Gewerbe	35,5 %	55,5 %
Handel und Verkehr	15,4 %	16,1 %
häuslichen Diensten	5,5 %	5,3 %
öffentlichen Diensten und freien Berufen	6,1 %	6,0 %
Berufslose	—	11,1 %

Danach betrug der Anteil der in der Land- und forstwirtschaft Berufstätigen im Jahre 1925 annähernd zwei Fünftel aller Berufstätigen. Erscheint demnach die landwirtschaftliche Betätigung im Vergleich zu den übrigen Berufsgruppen als die stärkste, so geht dieses Übergewicht der Landwirtschaft verloren, wenn man eine andere Gruppeneinteilung vornimmt und die beiden Berufsgruppen Industrie und Gewerbe sowie Handel und Verkehr zusammenfaßt; denn dann ergibt sich, daß die Berufstätigen in diesen beiden Gruppen 48,7 v. H. der Erwerbstätigen ausmachen.

Die Angestelltenversicherung im Jahre 1927.

Nach dem Geschäftsbericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind im Jahre 1927 die Leistungen der Angestelltenversicherung wieder gestiegen, jedoch bei weitem nicht so sprunghaft wie im Vorjahre.

An Ruhegebern wurden 16 221 (gegen 16 690 im Vorjahre) neu bewilligt. Am Schlusse des Jahres liefen 62 502 Ruhegeber (gegen 50 595 Ende 1926 und 56 677 Ende 1925). An Hinterbliebenen liefen 12 953 (gegen 14 982 im Vorjahre), davon 7569 Witwen- und Wittvater- und 5385 Waisenrenten neu bewilligt worden. Am Schlusse des Jahres liefen insgesamt 67 551 (im Vorjahre 57 616) Hinterbliebenenrenten, davon 59 767 Witwen- und Wittvater- und 27 564 Waisenrenten. Diese Renten erfordern einen monatlichen Kostenaufwand von rund 6,1 Mill. M., von denen auf die Ruhegeber rund 4 Mill. M. entfallen.

Auf Grund einer Reichstagsentscheidung vom 15. Dezember 1927 hat das Direktorium zu Weidnaden eine einmalige Sonderzahlung von 9 M. für jeden Ruhegeber, Witwen- und Wittvaterrentenempfänger und von 5 M. zu jeder Waisenrente und dem Kinderzuschuß gewährt. Die Gesamtkosten hierfür beliefen sich auf rund 1 Mill. M.

Die Gesamtzahl der Anträge auf Heilverfahren belief sich auf 92 794. Davon waren Anträge auf „häusliches Heilverfahren“ (Kurauferntfall) 58 889. Bewilligt wurden 54 574 häusliche Heilverfahren. Das ist zwar eine absolute Steigerung gegenüber dem Vorjahre (52 679), aber mit 58 v. H. der insgesamt erledigten Anträge eine prozentuale Verminderung (61,8 v. H.). Der Bericht bemerkt, daß die Ablehnungen nicht aus Mangel an Mitteln erfolgten, sondern aus sachlichen Gründen unter Berücksichtigung der für die Einleitung eines Heilverfahrens geltenden Grundfälle. Anfang 1927 ist, vielfachen Wünschen aus Verlehrsstellen entsprechend, ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden, der aus dem Leiter der Heilverfahrensabteilung, je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmermitglied des Direktoriums und einem ärztlichen Sacharbeiter besteht. Er hat 1925 abgeschlossene Anträge nachsprüft, und dem Ergebnis, daß nur in 96 Fällen nachträglich den Anträgen entsprochen wurde und in 49 Fällen noch weitere Ermittlungen angeleitet wurden. Von den häuslichen Heilverfahren wurden 55,5 v. H. — ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahre (mit 55 v. H.) — in Kugelhüftäten mit einer durchschnittlichen Kurdauer von 91 Tagen, und 60,8 v. H. in Sanatorien, darunter 7 eigenen der Reichsversicherungsanstalt, und Wädern mit einer Durchschnittsdauer von 51 Tagen durchgeführt.

Die weiteren 35 905 Anträge bezogen sich auf „nicht-häusliche Heilverfahren“ (Zuschüsse zum Sommer- und zu anderen größeren Heilmitteln). Bewilligt wurden 31 977, d. i. 97 v. H. der insgesamt erledigten Anträge. Dieser Anteil ist ganz recht hoch, doch wird vielfach über zu geringe Höhe der Zuschüsse geklagt. — Gewährt wurden ferner 6534 Zuschüsse zur Heilung von Geschlechtskrankheiten und 4878 Zuschüsse zu Kinderheilverfahren.

Zur Förderung der allgemeinen Gesundheitsfürsorge wurden, wie in den Vorjahren, dem Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose 500 000 M. und noch weiteren Zentralorganisationen Jahresbeiträge (die Höhe wird nicht angegeben) überwiesen.

Die Ausgaben betragen für Ruhegeber rund 47,8 Mill., für Hinterbliebenenrenten rund 25,6 Mill., für weitere Rentenleistungen rund 2 Mill., für einmalige Abgeltung an die Invalidenversicherung für Rentenaufwendungen an Angestellte (auf Grund des Gesetzes vom 8. April 1927) 53 Mill., für das Heilverfahren rund 17,1 Mill. (6,12 v. H. der Beitragseinnahmen), für Verwaltungskosten rund 9,6 Mill. (3,4 v. H. der Beitragseinnahmen), für Sonstiges rund 5,8 Mill. M., insgesamt also rund 141 Mill. M.

Die Beitragseinnahmen sind ebenfalls, jedoch weit weniger als im Vorjahre gestiegen. Sie beliefen sich auf rund 280 Mill. M. (gegen rund 245,7 Mill. im Vorjahre und rund 185,7 Mill. im Jahre 1925). Zusätzlich der weiteren Einnahmen aus Vermögenszinsen usw. ergab sich eine Gesamteinnahme von rund 340,6 Mill. M. Hiermit konnten also Rücklagen in Höhe von rund 199,6 Mill. M. (im Vorjahre rund 207,4 Mill. M.) gemacht werden.

Das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt ist (von rund 555 Mill.) auf rund 752,6 Mill. M. gestiegen. Die Zahl der Verdienstrenten wird auf 5,12 Mill. (gegen 2,8 Mill. im Vorjahre) geschätzt. G. R. D. J. S. R.

Aus der Arbeit der R. f. H.

Am 5. und 6. Juni hat in Berlin in den Räumen der Zentralleitung der Reichszentrale für Heimdienst eine Konferenz mit den Landesabteilungsleitern der Reichszentrale für

Heimatdienst aus dem Reich stattgefunden. In dieser Konferenz wurden die Fragen der praktischen Arbeit im großen Zusammenhang besprochen, es wurden die gegenseitigen Erfahrungen ausgetauscht und neue Forderungen für die künftige Arbeit daraus abgeleitet. Im besonderen wurden Referate gehalten über den Weitausbau der Vertrauensmännerorganisation, die Ausgestaltung des Vortragswesens und des Lichtbildwesens, die nächsten Pläne der literarischen Auffklärung und die Zusammenarbeit mit den freien Organisationen des Volks- und Staatslebens. Die Tagung nahm einen erfreulichen Verlauf und hat sicher für die künftige Arbeit neue wertvolle Anregungen und Antriebe gesetzt.

25 Jahre Reichsarbeitsblatt.

Vor kurzem konnte das Reichsarbeitsblatt seinen 25. Geburtstag feiern. Sein erstes Heft wurde am 21. April 1905 ausgegeben als eine „Sammlung, Zusammenstellung und periodische Veröffentlichung arbeitsstatistischer Daten oder sonstiger für die Arbeitsverhältnisse bedeutungsvoller Mitteilungen“. Die Schriftleitung lag damals bei der Zentralstelle der deutschen Arbeiterkassisten beim Kaiserlichen statistischen Amt. Dort blieb sie angegliedert, bis in der Nachkriegszeit im Bereich des Reichsarbeitsministeriums das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegründet wurde, das mit der arbeitsstatistischen Abteilung des Statistischen Reichsamts auch die Herausgabe des Reichsarbeitsblattes übernahm. Am 11. Oktober 1920 erschien das Reichsarbeitsblatt erstmalig als Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des später zur Reichsarbeitsverwaltung umgewandelten Reichsamtes für Arbeitsvermittlung. Von nun an trat der statistische Teil zurück. Die Schriftleitung ging dazu über, die Spalten des Blattes auch den Wünschen freier Mitarbeiter zu öffnen. Von Januar 1925 an wurde außerdem der nichtamtliche Teil jeder dritten Monatsnummer ausschließlich den Fragen des Arbeiterchutages, vor allem der Unfallverhütung und der Gewerkschaftshygiene gewidmet. Am 15. August 1927 ging das Reichsarbeitsblatt (ebenso von der Reichsarbeitsverwaltung) in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aufzugehen war, auf das Reichsarbeitsministerium über, blieb jedoch

gleichzeitig auch Amtsblatt der neuen Reichsanstalt. Am 1. Januar 1928 traten in den offiziellen Leitern des Reichsarbeitsblattes noch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und das Reichsversicherungsamt hinzu, so daß nunmehr das Reichsarbeitsblatt ein einheitliches amtliches Organ für die gesamte deutsche Sozialpolitik darstellte.

In der Geschichte des Reichsarbeitsblattes spiegelt sich die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik in den letzten 25 Jahren. Es lag somit nahe, in dem Jubiläumsheft einen Überblick über die Leistungen der amtlichen wie der freien, der deutschen wie der internationalen Sozialpolitik zu bieten. Oberregierungsrat Dr. Wende, der ausgezeichnete gegenwärtige Schriftleiter des Reichsarbeitsblattes, hat hierfür namhafte Mitarbeiter zu gewinnen vermocht. Die leitenden Gedanken der deutschen sozialpolitischen Entwicklung werden in einem Beitrage des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns dargestellt. Staatssekretär Dr. Geib behandelt im Anschluß hieran die Organisationsgeschichte des Reichsarbeitsministeriums. Mit dem Werdengang der internationalen Sozialpolitik befaßigt sich der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, während der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, Präsident von Nothif, die Bedeutung der freien Sozialpolitik würdigt. Die Stellung der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften zur Sozialpolitik im allgemeinen und zu einzelnen sozialpolitischen Fragen im besonderen wird von hervorragenden Führern dieser Organisationen geschildert. Schließlich wird in zahlreichen Beiträgen von leitenden Beamten des Ministeriums und der ihm nachgeordneten Behörden die Entwicklung auf den verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik dargestellt. Im einzelnen werden behandelt: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung, Betriebsdemokratie und Arbeitsgesetze, Sozialversicherung und Gesundheitsfürsorge, Wohlfahrtsfragen und Sozialerziehung der Kriegsgeldadligen und Kriegshinterbliebenen, Verdrängerung der Kriegsgeldadligen und Kriegshinterbliebenen, Wohnungs- und Siedlungsfragen. Das Jubiläumsheft bietet einen ungewöhnlichen Überblick über die Entwicklung und den heutigen Stand der Sozialpolitik. Es erbringt zugleich den Beweis, daß das Reichsarbeitsblatt seines reichen amtlichen und nichtamtlichen Inhalts wegen für jeden sozialpolitisch Tätigen unentbehrlich ist. R. u. u.

Osnabrück / Von Ludwig Heilbronn.



Dom

Es ist eine ebenso merkwürdige wie unberechenbare Tatsache, daß sehr weite Kreise in unserem deutschen Vaterlande nicht recht wissen, wo Osnabrück liegt, wie groß es ist, ob es eine sehr sehenswerte Siedlung ist usw. Die einen meinen, es läge in Westfalen, die anderen rechnen es der Provinz Hannover zu, die meisten meinen, daß es ein Städtchen von 30 000–40 000 Einwohnern sei. In der Tat zählt Osnabrück mehr als 95 000 Einwohner und wird voraussichtlich in absehbarer Zeit „Großstadt“ werden, was es schon längst ist. Hätte man in Osnabrück schon längst ein so rühriges und produktives arbeitendes Volkstum wie jetzt gehabt, von Dr. Hugel geleitet, dann wären

Die Gründung Osnabrücks geht auf Karl den Großen zurück, der 783 das Bistum begründete. Die daraus entstehende Siedlung wurde von Kaiser Arnulf 882 zur Stadt erhoben. Osnabrück trat der Hanse bei und wurde einer der bedeutendsten Plätze im Nordwesten. Bekannt ist es u. a. geworden durch den weltfährlichen Friedensschluß (Osnabrück und Münster 1648). Eine Eigentümlichkeit ist durch die Tatsache gegeben, daß das Haus Braunschweig-Kümburg das Recht erhielt, das Bistum Osnabrück abwechselnd mit dem Domkapitel zu besetzen. Auf diese Weise wechselte ein Braunschweig-Kümburgischer Prinz mit einem katholischen Bischof ab.



Blänge um den alten Markt



Zwischen alten Häusern reizvolle Winkel

Osnabrück ist die Stadt Julius Möfers, der 1720 geboren wurde und 1790 starb und in der Marienkirche beigesetzt wurde. Dieser ausgezeichnete Mann, der sich der Bewanderung eines Goethe erfreute, ist bekannt durch seine „Patriotischen Phantasien“, die auch heute noch sehr lesenswertes und beachtenswertes Buch. Altiqnel, der spätere preussische Finanzminister, war zweimal Bürgermeister von Osnabrück. Einer seiner berühmten Vorgänger war Säule, der spätere kanonische Minister.

Osnabrück hat im Laufe der letzten Jahre viel nacheingeholt, was es früher verlor hat. Es trägt den neuesten Erfordernissen vor allem auf dem Gebiet des Verkehrs Rechnung, der stetig und unaufhaltsam wächst, dabei aber auch durchaus bedächtig, daß das gute Alte, das der Stadt Eigenart und Charakter verleiht, erhalten bleibt, soweit es irgend möglich ist. Einmal gemachte Sünden lassen sich nicht wieder gutmachen, aber es ist schon viel gewonnen, daß man beherrschendes Erhaltenswertes sorgsam behandelt. Auf diese Weise ist ein Stadtbild in Osnabrück entstanden, das jeden Besucher mit Freude erfüllt und jeden, der jetzt erst diese Stadt kennenlernt, mit Bewundern erfüllt, daß er nicht schon längst den Weg zu diesem kleinen Niederfachens gefunden hat. Das alte Rathaus mit seinem Friedenssaal, die ehrwürdige Marienkirche und der uralte Dom, die hochragende Katharinenkirche, die Johanniskirche sind ehrwürdige

Zeichen aus alter Zeit, wie auch die massigen, trutzigen Türme, die einst Teile der Stadtbefestigungen bildeten, wie die Ditzhänge, der Bucksturm, der Bürgergehorlsamturm. Ganze Häuserreihen mit alten Renaissancegebäuden, versehen mit herrlichem Schnitzwerk, farbige Häuserfassaden in geschmackvoller Abtönung, höchst bemerkenswerte Einzelhäuser, alte Patrizierhäuser, die aus der Empirezeit stammen, sehr stattliche und sehr einseitliche Bau der Hirschkapelle, der Bau des Stadttheaters vervollständigen das festliche Gesamtbild.

Kulturelle Bestrebungen haben von jeher in Osnabrück einen guten Boden gefunden. Osnabrück ist eine alte Theaterstadt, in der eine Personlichkeit wie Korbhing tätig war, und von wo aus berühmte Darsteller wie Max Erbe, Friedrich Holtzhaus ihren künstlerischen Aufstieg nahmen. Das Musikleben, Vorträge, die Einrichtungen der Volkshochschule u. a. m. sorgen für weitere Anregung. Berühmt ist das Osnabrücker Katsilber, dessen Hauptstück, der Kaiserpotap, ein herrliches, aus dem 12. oder 13. Jahrhundert stammendes Werk ist, sowie der Domschatz. Das aus dem 17. Jahrhundert stammende Schloß umfaßt eine sehr bedeutende Gebäude-

gruppe. Es wird neuen repräsentativen und kulturellen Zwecken dienlich gemacht, nachdem es einem Umbau unterzogen wird. Neuzeitliche Siedlungen verleihen einigen Stadtteilen in besonderer Maße ein im besten Sinne des Wortes modernes Gepräge.

Wundervolle Promenaden, prachtvolle Alleen, Gärten durchziehen die Stadt, die zwischen dem Wiebengebirg und Ausläufern des Teutoburger Waldes gelegen ist. Die nähere und weitere Umgebung Osnabrücks bietet des Schönen und Guten unendlich viel. Von besonderem Reiz sind die zahllosen Einzelriedungen, die charakteristischen Fachwerkbauwerke der Bauernhäuser, der anmutige Wechsel von Berg und Tal, von Wald und Heide. Mit Ehrfurcht wie die Scheleburg, die Keßburg, Schloß Gersmold, Korten, Schloß Barenau, mächtige Hügelgräber vervollständigen das Bild, das sich dem entzückenden Besucher auftut. — Das uraltste Bergwerk Tecklenburg, das reizvolle Jürg, der bekannte Badort Rothensfelde, Bad Effen und Schleddehausen, am nur einiges herauszugreifen, sind besonders charakteristisch für das Osnabrücker Land, das sich zweifellos zu den schönsten Gegenden des deutschen Vaterlandes rechnen darf.



Altes Rathaus mit Friedensbrunnen



Patrizierhaus



Zur eines Patrizierhauses

Dr. Walther Rothschild, Berlin-Grünwald

Europäische
Gespräche

Monatshefte für Auswärtige Politik

Herausgegeben von

A. Mendelssohn Bartholdy

Halbjährlich M. 12.—

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

AUFSÄTZE:

Deutschland und der Waffenhandel nach China
Panamerikanismus von 1928. Von Alfred Vagts

BEKENNTNISSE UND BEGEBENHEITEN:

Zum 10. Mai 1928 / Das Ideal des Diplomaten /
Secret Diplomacy / Die Schweiz im Kriege / In
memoriam: Herbert H. Asquith — Carl Max Lich-
nowsky

Deutsch-Französische
Rundschaу

Monatsschrift der Deutsch-Französischen Gesellschaft

Herausgegeben von

Otto Grautoff, Heinrich Eduard Jacob,
Rudolf Meerwarth, Fritz Norden, Edgar
Stern-Rubarth und Maurice Boucher,
Edmond Jaloux, Henri Lichtenberger.

Halbjährlich M. 10.—

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

Heinrich Eduard Jacob, Die Begegnung in Cannes /
Edgar Stern-Rubarth, Das Ergebnis der franzö-
sischen Wahlen / Jean Giraudoux, Der erste un-
terzeichnete Traum / Léon J. Springer, Dekobra
und Genossen / Fritz Norden, Deutsch-französi-
sche Rechtsgemeinschaft / Deutsch-französischer
Austausch / Alexander Gutfeld, Die französische
Wirtschaft im April 1928 / Otto Forst, François
de Curel †. / Fritz Neugass, Dürer in Paris /
Zeitschriftenschau.

Ausführliche Prospekte zu Diensten

Als Feilschrift zur Grundsteinlegung des Erweiterungsbaues der Reichstanzlei

Sieben erschienen:

Zur Geschichte des Reichstanzlerpalais und der Reichstanzlei

Herausgegeben vom Staatssekretär der Reichstanzlei Dr. Bänder

Der Reichstanzler Dr. Marx schrieb dazu das Wortwort: „Ein Haus, das in Schicksalsstunden der Nation Schlußpaß entscheidender Vorgänge gewesen ist, gebiert zum geschichtlichen Besitz des ganzen Volkes. Der Augenblick, in dem der lange erwogene Entschluß verwirklicht wird, dieß Haus einen neuen Bau anzuschließen, mahnt zum tiefsten und stolzesten.“

Mannigfache unbenuzte Alt- und Quellen sind herangezogen. Jeder Teil ist reich illustriert. Wertvolle alte Stiche und Aufnahmen sind wiedergegeben. Sämtliche Reichstanzler und Staatssekretäre erscheinen im Bild, und eine Fülle neuer Aufnahmen aus dem Reichstanzlerpalais zeigen den gegenwärtigen Zustand des schönen alten Hauses.

Das Buch mit seinem reichen, gebiegenen Inhalt sprengt den Rahmen einer Gelegenheits- und Feilschrift; denn die Grundsteinlegung ist tatsächlich nur der äußere Anlaß seines Erscheinens. Wesentlicher ist, daß 50 Jahre deutsche Geschichte vom Reichstanzler Bismarck eingeleitet, sich in den Räumen dieses Palais abgepielt haben.

Der Preis beträgt M. 7.50 in Ballonleinen gebunden

Durch jede Buchhandlung zu beziehen

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamerstr. 41

Feine Rheinweine billiger


direkt vom Weingut Geschwister Strub Nierstein am Rheim Verlangen Sie sofort Preisliste b.



Die schönsten GEBIRGSLANDSCHAFTEN aus dem KUNSTVERIAG LUDWIG MÖLLER, LURECK sind eine blühende Rose (Zinnmerkle) und ein Schwan für jedes neue künftige Gebäude auf dem Gelände. Sie können durch die Buch- und Kunsthandlungen.

In 6. Auflage erschienen: **DAS MOTORRAD** von G. W. Vogelung. Geb. 3.50 M. Verlag Vöckmann, Berlin-Charlottenburg 2

Arcona-Räder



Die Qualitätsmarke Hand-Inf-Preis. Das bekannte sverei. Gebrauchsräder Marke Stern. Modell 5, hergestellt aus bestem Material, in moderner, feinstmehrer, in Goldlinie abgibt, mit 5 Jahren Garantie. Preis-Tripplendel, 68 M. Vers. überl. Zeilung. Verlangen Sie Katalog gratis u. franco, auch über Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Uhren, Goldschmuck, Fürstentum, u. a. **Ernst Machnow** Berlin, Fehmannstr. 14 Größt. Fahrradhaus Deutsch.

„BACCHUS“ WEIN-SCHRÄNKE PREISLISTE GRATIS JOH. NIC. DEHLER COBURG 14

Billige Hauswäsche!

OBEN LORDB kommen ca. 18000 neue weiße MEHLISÄCKE für Stück 89 PFENNIG, weil ungebraucht geliefert. Die Säcke sind ungenutzt, nicht abgesehen, ohne Naht, schreib- und farbanfdruck und eignen sich vorzüglich für Leinwand- und Tischwäscherei, Laken, Zuzugardien usw. Vors. bis 1.7.28, nicht mit 6-18 Stück, 30 Stück, portofrei mit Nachnahme, Vorkasse, frei. In Qual. Garantie-Erkennung NORDD. EXPORTHAUS, Inh. W. H. Harries, Bremen B 1, Hemstor. 156



kleid, leinwand, kittel, alles

Ostergaards Gesellschaftsreisen

Sonder-Angebot

27. Juni bis 3. Juli
Einwöchentliche Reise
nach Kurhaus Binz

dem vornehmsten und besten Hotel auf Rügen

75 Mk.

In diesem Preise sind mit inbegriffen:

Eisenbahnfahrt 3. Kl. Berlin—Stettin (D-Zug) und Stettin—Berlin / Dampfsehr Stettin—Swinemünde—Heringsdorf—Zinnowitz—Sella—Binz und zurück / Zimmer und erstklassige Verpflegung im Hotel Kurhaus-Kaiserhof Binz / Sämtliche Bedienung- und Trinkgelder

Dieselbe Reise von Stettin bis Stettin 12 Mark weniger

Für Teilnehmer, die sich unabhängig von der gemeinsamen Hin- und Rückreise nach Binz begeben, ebenso für Gäste, welche die Eisenbahn über Stralsund benutzen wollen, kostet die Reise 15 Mark mehr.

PROGRAMM

der Erholungsreise nach Kurhaus Binz

Mittwoch, den 27. Juni Hinreise: 8 Uhr morgens: Treffpunkt 2. Klasse. Die Wagen für die Teilnehmer unserer Reise sind reserviert und durch Plakate „Ostergaards Gesellschaftsreisen“ kenntlich. Abfahrt des D-Zuges 8.25 Uhr. Fahrtdauer 2 Stunden, Ankunft in Sella 10.31 Uhr. Die Teilnehmer begeben sich am Bahnhof entlang zur Anlegestelle Hakenstrasse des Dampfers „Ostergaard“ der Stettiner Dampfsehr-Gesellschaft J. F. Braunschick. Abfahrt des Dampfers von Stettin um 11.00 Uhr, Ankunft Swinemünde 14.00 Uhr, Abfahrt Swinemünde 14.10 Uhr, Ankunft Heringsdorf 14.40 Uhr, Abfahrt Heringsdorf 14.50 Uhr, Ankunft Zinnowitz 16.00 Uhr, Abfahrt Zinnowitz 16.10 Uhr, Ankunft Sella 18.15 Uhr, Abfahrt Sella 18.25 Uhr, Ankunft in Binz 19 Uhr.

Dienstag, den 3. Juli Rückreise: Abfahrt des Dampfers 6.40 Uhr morgens. Ankunft in Sella 7.05 Uhr, Abfahrt Sella 7.15 Uhr, Ankunft Zinnowitz 9.20 Uhr, Abfahrt Zinnowitz 9.30 Uhr, Ankunft Heringsdorf 10.40 Uhr, Abfahrt Heringsdorf 10.45 Uhr, Ankunft Swinemünde 11.15 Uhr, Abfahrt Swinemünde 11.30 Uhr, Ankunft Stettin 13.00 Uhr, Abfahrt Stettin (Eil-Zug) 15.45 Uhr, Ankunft Berlin Stettiner Bahnhof 18.27 Uhr.

Jeder Teilnehmer erhält ein Kuponheft, enthaltend die Kupons für Eisenbahn- und Dampfsehrfahrten, Brückengeld, Pension usw.

Unterkunft und Verpflegung Die Teilnehmer erhalten je nach Wunsch Einzel- oder Doppelzimmer im Hotel Kurhaus-Kaiserhof Binz. Auf der Hinreise wird das Mittagessen auf dem Dampfer eingenommen. Für die Rückreise werden den Teilnehmern Eßpakete aus der Küche des Kurhauses Binz mitgegeben. Die Verpflegung besteht aus der bekanntesten erstklassigen Pension des Kurhauses: Komplettes Frühstück, Mittag- und Abendessen. Die Malzeiten werden nach Belieben als Einzelessen eingenommen.

Dampfer Die Dampfsehr von Stettin nach Binz und zurück findet auf dem großen Doppelschraub- und Postdampfer „Rugard“ der Stettiner Dampfsehr-Gesellschaft J. F. Braunschick statt. Der Dampfer „Rugard“ im Jahre 1927 erbaut, ist das größte und moderateste Schiff der Reederei Braunschick und übertrifft die Schiffe „Odis“ und „Hertha“ an eleganter Einrichtung. Großes Promenadendeck, Hauptdeck, Dampfsessel, Spieltisch, Rasenbahn usw. Funktelegraphie an Bord.

ANMELDESCHIN

An den „HEIMATDIENST“, Anzeigen-Verwaltung, Berlin W 35, Potsdamer Str. 41.

Ich ersuche um gefl. Zusendung von 1 Kuponheften für die einwöchentliche Reise nach KURHAUS BINZ vom 27. Juni bis 3. Juli. Den Betrag von RM. 75,— bitte durch Nachnahme zu erheben.

Name: _____

Ort u. Straße: _____

Geschäftliche Mitteilungen

Beachten Sie das umhüllende Inserat „Einwöchige Reise nach Kurhaus Bing“. Wir haben uns selbst überzeugt, daß der Preis von 75.— M. einfaclı erhaltiger Verpackung usw. außerordentlich billig ist. Anmeldungen zu dieser Reise, die wir wirklich empfehlen können, richtet man an die Anzeigen-Verwaltung des Heimdienstes, Berlin W 35, Potsdamer Straße 41

„Adresser“ für 20,75 Mk.

macht das langwellige Adressenbuch durch hochbezahlte Angestellte überaus flott. Eine billige Hilfskraft druckt in der Stunde bis 300 verschiedene Adressen auf Koverts, Briefbögen oder Streifenblätter. Der Apparat kann jahrelang für Tausende von Veröffentlichungen benutzt werden. Ke ist infolge seines Preises für Behörden, Vereine und Kaufleute unbedingt ratsam und zuverlässig. Prospekte, Druckproben und Muster versendet ERNST HORN, SPANDAU, CHAMISSOSTRASSE 35

Qualitätiger Zigarillen/Strassen (Rain Uebersee) am konkurrenzlossten Preise v. 4, 5, 6, 7, 8, 10, 15 u. 30 Pfg. liefert zur grösst. Zufriedenheit. J. Hoshach, Zigarren- u. Tabakfab. Dehms (Mark). Von 10 RM. ab franco per Nachnahme und 1 Pfd. Rippenbtabak gratis.

Nähmaschinen

fast neu, 30.— M. an, 3 Jahre Garantie, Käuflich, käuflich gratis. Nähmaschinen aus Müllers Berlin 10, Stralauerstr. 39

Gratis

erhält jeder Käufer meiner Gentleman-Ansichtung jedes Tagesbeschaffung ein

Opernglas

herrliche Fernsicht, brillante Vergrößerung; durch Mittelstück für jedes Auge einstellbar.

Die Gentleman-Ansichtungsbilder sind 11 Zentimeter hoch und 14 cm. pl. Goldbeleg, mod. goldschwarz, 1 eleg. Dreifachkristall ebenfalls schwarz goldschwarz, 2 passende Gläser 14 cm. pl. u. 3 Refraktoren für den Dreifachkristall. Das ganze in höflichem Einfaclı fast RM. 8.— nur RM. 4.75 und 25 Pfg. Porto bei Einzahlung auf Postcheckkonto Magdeburg 10187. Bei jeder Einsendung obiges Opernglas gratis.

Nachnahme 50 Pfg. mehr. Deutsche Briefe erbeten. Garantie: Rücknahme, wenn unzufrieden.

Walter Noske, Sernburg a. G. 31.

Selbst Greise lernen Klavierspielen

In 2-3 Monaten. Korrekt nach Noten, jedoch fabelhaft leichte Fertigung. Alles lernend, Erlernen eines blinden Musikers. Prospekt Nr. E 3 sofort kostenlos durch Technika-Verlag, Löhren (Haden).

Stoffern

(Sprechapparat) stellt Prof. Red., Deutscher Anstalt, Eisenach, Th. Froriep frei

Grüne Haare Haupt- oder Barbaare werden in ganz kurzer Zeit ihre Naturfarbe bestimmt ohne Haarfarbe wascht wieder durch meinen selbst unerschütterlichen Haarregenerators Dr. Hummel, Flasche Mk. 3. Doppel-Flasche Mk. 4.75. 11. Preisliste gratis. HIRSHANN DELLEN, Berlin 22, Belle Alliance-Str. 39. Oepr. 1884

DEUTSCHER WEIN ab M. 1,10 per 1/2, fern. Rot u. Blauweiss usw. Spirituosen. Preisl. verl. W. Schmitzgen, Berncastel 60, Mosel



direkt vom Hersteller. 9 Pfd. rote Kugelsk. M. 3,80 3 — 9 — Tintenbrunnen, 3,00 Schultze, bestes Rohmaterial. Porto M. 1.— Nichtgefl. retour.

KASE, direkt vom Hersteller. 9 Pfd. rote Kugelsk. M. 3,80 3 — 9 — Tintenbrunnen, 3,00 Schultze, bestes Rohmaterial. Porto M. 1.— Nichtgefl. retour.

Nieschmelzer, Freiburg/Ebhe 224.

Fort mit giften und schädlichen Arzneien bei: Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nervenschmerzen sowie Schlaflosigkeit

Man darf wohl sagen, daß bei dem hochentwickelten Stande der modernen Wissenschaft Dutzende von Remedien für ein körperliches Leiden zur Verfügung stehen, insbesondere gegen Rheumatismus. Aber man wird bei genauer Prüfung finden, daß auch in dieser Hinsicht das wahre Sprichwort zutrifft: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“ Mit Recht geht deshalb das Publikum nur solchen Heilmitteln Vertrauen entgegen, die sich in der Praxis bewährt und Bekanntheit haben. Mein Spezialmittel ist frei von Olfen und hinterläßt keine schädlichen Nachwirkungen.

Aus meinen zahlreichen Anerkennungs schreiben lesen wir beispielsweise Teile Ihnen ergeben sich, daß mir die Spezialität nach zuverlässigem Gebrauch alle Schmerzen beseitigt hat, trotzdem ich an Ischias seit 1890 leide. Ich danke Ihnen recht herzlich dafür und habe es in meiner Umgebung allen Rheuma- und Gichtkranken empfohlen. Meine Kapseln sind leicht und angenehm einzunehmen. Langwierige, meist zwecklose Tee- und Eisenerkrankungen sind daher nicht mehr nötig. Meine grosse Garantie! Sie erhalten den vollen Betrag zurück, wenn Sie bei Anwendung meines Spezialmittels keinen Erfolg erzielen. Preis Rm. 6.— Versand gegen Nachn. durch meine Apotheke. Prosp. kostenl.

W. Stannius, Hamburg (E. 471) Gr. Bleichen 31 (Kaufmannshaus)

Tausenden ist geholfen; wir helfen auch Ihnen!

Juristisches Zentralarchiv

(Rechtslexikon in losen Blättern)

Herausgegeben von Rechtsanwält Dr. Paul Posener.

Das Juristische Zentralarchiv erscheint monatlich zweimal in Heften auf 92 am linken Rande perforierten Blatt und stellt einen Codex des geltenden Rechts dar.

Abonnement A: einschließlich kostenloser Auskunftserteilung monatlich Mk. 10.—, bei Vereinsendung für ein Vierteljahr Mk. 27.50.

Abonnement B: ohne Auskunftserteilung monatlich Mk. 5.—.

VERLAG FICHTNER & Co., Abt. H. Berlin W 30, Nollendorfsstraße 21 a

BITTE

nehmen Sie bei Ihren Aufträgen und Bestellungen Bezug auf den „Heimdienst“

Abessinierbrunnen



Illustrierte Preisliste gratis. A. Schappmann, Pumpenfabrik, Berlin N 206, Chausseestraße 88

KREMP-JAGDGLÄSER

6x32 Bm. 75.—, 8x36 Bm. 65.—, 6x24 Bm. 60.—, Lichte f. Kremp, Wetlar 3 PIANOS HARMONIUMS, neu, gebraucht, ohne Anbahnung. APOLLO-MUSIKHANDEL Berlin 3 24, Friedrichstr. 114 (Oranienburger Tor)

Feinstes Tafel- Pflaumenmus

Garant. rein, unbesäzt, im Geschmack, Dankachr. und Nachbetr. fortgesetzt. 10-Pfund-Postmiser 3,80 RM 20-Pfund-Bahnsmiser 8,50 RM 30-Pfund-Emallis-Eimer (privk.) 10,50 RM In Spelse-Strup 10-Pfund Postmiser 4.— RM Tafel-Senfurken Die 8-Pfund-Postmiser 4,75 RM Ab hier, unzer Nachnahme Fritz Klein, Magdeburg-Pr. 286

Sommersprossen

sich in hartnäckigen Fällen, beseitigt man unterm. „Pigma“, Wirkung unerringend, wo andere erfolglos bleibt. Preis M. 4.90. Versand geg. Nachn. durch die alleinige Hauptvertrieb. Schröder-Schenke, Berlin W 163, Potsdamer Str. 28 b

Hochdruck-Schnecken-Rippenrohr mit Schräglage

Kawa 15% Kohlenersparnis erzielen Sie durch den Liesko-Schnecken-Rippenrohr-Ekonomiser

In Jahresfrist über 15.000 kg ausgefließt und in Aufzug. Angebote kostenlos u. unverbindlich.

D.R.P. a. Nr. 450 232
RIESEN & CO. KREFELD
 ABT. 3. EKONOMISERBAU
 Schneckenrippenrohr, Länge 9115 mm, Metallhöhe pro Rohr 6 cm, mit 110 Rippen.
 FRANZ. PAT. NR. 605569 ENGL. PAT. NR. 249432 ITAL. PAT. NR. 239274